

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
Prag, II., Hradčovo nám. 32.

Telefon:
a. 6795
b. 6797

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Vereinskass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Kz 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährig 192.—

Abstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbringung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich.

4. Jahrgang.

Freitag, 19. Dezember 1924.

Nr. 296.

Durchgepeitscht!

Im wahren Sinne des Wortes durchgepeitscht! Das ist die Methode, nach der die Staatsangestelltenvorlagen in den zwei letzten Tagen im Abgeordnetenhaus zur Annahme gebracht wurden! In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses hatten die Mitglieder der Koalition von vorneherein darauf verzichtet, so zu tun, als wollten sie wenigstens den Anschein einer parlamentarischen Verhandlung, die Anspruch auf Ernst erhebt, erwecken. Sie beteiligten sich gar nicht an der Debatte, ließen die Redner der Oppositionsparteien allein reden, von Anfang an nur auf ihre Rolle als braves Stimmvieh bedacht. Diese Mehrheit hat jedes Bewußtsein der Ehre und Scham verloren und will gar nicht mehr sein, als die verläßliche Maschine zur Durchführung aller Wünsche ihrer fünf Vorgesetzten. Wenn die Petka morgen ein Gesetz einbrächte, alle ihre Getreuen müßten sich auch körperlich zu Gunsten machen lassen, sie würden auch dieses Schicksal zur höheren Ehre der Koalition ohne Murren hinnehmen. Niemand von ihnen hält es mehr der Mühe wert, den Schein der Demokratie in diesem Parlamente aufrechtzuerhalten. Alle waren sie in Wort und Schrift bisher Freunde der Staatsangestellten vom Scheitel bis zur Sohle, alle aber haben sie gestern für die Vorlagen gestimmt, welche dazu bestimmt sind, die Angestellten mit Skorpionen zu züchtigen und über ihnen dauernd die Krante zu schwingen. Herr Svehla kommandiert und die Kamelufen parieren, vergaßen auf alle Versprechen, die sie den Beamten und Angestellten gegeben haben und taten nach dem Willen der Petka.

Zust in die letzte Woche vor Weihnachten hat die Regierung die Verhandlung der Gesetze verlegt und die Forderung gestellt, daß sie in diesen wenigen Tagen, sowohl im Abgeordnetenhause wie im Senate zur Annahme gelangen. Für diese Eile fehlt jede Rechtfertigung und auch die Ausrede, daß die Angestellten und Pensionisten auf die Durchführung der Gesetze warten, um zu den materiellen Begünstigungen zu gelangen, die ihnen die Gesetze gewähren, ist hinfällig, da die Regierung auf viele Wochen hinaus kein Geld besitzt, um das notwendige Geld flüssig zu machen. Es wird mindestens Ende Jänner werden, ehe die Regierung an die Auszahlung der Remunerationen für die Angestellten und an die Bezahlung der erhöhten Bezüge der Ruheständler gehen kann. Die Notwendigkeit, den Angestellten die Bezüge in irgend einer Form aufzubessern, besteht nicht erst seit den letzten Tagen und auch die Absicht, den Personalstand zu vermindern, reicht Monate zurück. Es ist gut ein halbes Jahr her, seit das erstmal die Nachricht von einer Restriktion der Staatsangestellten auftauchte, doch damals wurde sie als Versuch der Verhehlung der Angestellten erklärt und bestritten. Auch die Regierung ließ die amtliche Dementierungsspritze auffahren und widerrief entschieden die Behauptung, daß eine solche Absicht bestünde. Seit acht Tagen aber ist diese von der Regierung bestrittene Absicht ihr brennendstes Bedürfnis geworden! Es ist außer Frage, daß der Fünferauschuh schon lange vorher sich mit der Frage beschäftigt hat und es wäre reichlich Zeit gewesen, sie rechtzeitig vor das Plenum des Hauses zu bringen und dadurch ihre gewissenhafte Vorbereitung und Verhandlung zu ermöglichen. Zumindest hätte sich feststellen lassen, ob wirklich und in welchem Maße in den einzelnen Kategorien ein Ueberfluß an Beamten und Angestellten vorhanden ist und es hätte die Möglichkeit bestanden, das Problem nüchtern und sachlich durchzuarbeiten. Die Regierung hat aber gewartet, bis ihr wegen der Auslandsanleihe die Sache auf den Nägeln brannte, hat die Vorlage schon ins Haus geworfen und hat sich, wie schon oft, darauf verlassen, daß die ihrem Willen parierende Mehrheit auch diesmal nicht die Gefolgschaft verweigern werde. Damit gestern das Plenum des Abgeordnetenhauses an die Verhandlung der

Die Dezimierung der Staatsbediensteten.

Das Henterge'ek im Plenum des Abgeordnetenhauses angenommen. — Unnachgiebigkeit der Koalition. — Internationaler Zusammenschluß der Opposition unter Führung der deutschen Sozialdemokraten. — Die Kommunisten gehen „selbständig“ vor. — Die Nationalpartei ist nicht da.

Prag, 18. Dezember.

Heute gelangten die Staatsangestelltenvorlagen ins Plenum des Abgeordnetenhauses, nachdem sie in der Nacht die Ausschüsse passiert hatten. Der Budgetausschuß sah bis einviertel sechs Uhr morgens zusammen und man kann sich von der Art der Beratungen einen Begriff machen, wenn man bedenkt, daß viele Abgeordnete Mitglieder einer ganzen Reihe von Ausschüssen sind und daß sie daher von einer Sitzung in die andere wandern mußten. Auch im Plenum peitschte man die Vorlagen wieder durch und die Referenten begnügten sich mit einer Verlesung der gedruckten Bericht.

Unsere Genossen kämpften in den Ausschüssen zähe und erbittert mit den Mehrheitsparteien um eine Milderung der schweren Schäden des Gesetzes. Es gelang zwar, einige kleine Erfolge zu erringen, aber am Inhalt, an den Härten und an der Struktur des Gesetzes konnte nichts geändert werden. Da die Gesetzesvorläufe jedoch die Lebensinteressen weiter Schichten der Bevölkerung bedrohen, machten unsere Genossen während des Ganges der Verhandlungen im Plenum einen letzten Versuch, eine Änderung des Gesetzes herbeizuführen. Sie trafen sich in diesem Bräungen mit dem größten Teil der übrigen Opposition. Die in der deutschen Arbeitsgemeinschaft vereinigten Parteien (Bund der Landwirte, Christlichsoziale, Deutschdemokraten), die deutschen Nationalsozialisten, die slowakische Volkspartei, die ungarischen und die karpatenrussischen Oppositionsparteien schlossen sich dem Schritt unserer Genossen, den diese beim Ministerpräsidenten unternahmen, an. Die mit dem Ministerpräsidenten geführten Verhandlungen, über die wir an anderer Stelle berichtet, endeten erfolglos, und so blieb unserer Fraktion nur der Weg des Protestes gegen die furchtbaren Gesetzesvorlagen übrig. Hierbei wurde eine Liste gewählt, die es ermöglicht, eine gleichzeitige Gefährdung der wenn auch kümmerlichen Remunerationen der Staatsbeamten und der allerdings auch unzulänglichen Pensionistengesetze auszuschließen. Im Namen der international zusammenschlossenen Opposition gab Genosse Dr. Czoch eine Erklärung ab, in der er den Beschluß der Opposition, sich an den weiteren Verhandlungen über das Abgabengesetz nicht zu beteiligen, kundgab und die Verantwortung für die Folgen des Gesetzes ablehnte. Die Erklärung machte auf das dichtbesetzte Haus großen Eindruck. Stillsitzend sahen die Koalitionsideologen dem Abzug der Opposition zu. Die Galerie war den ganzen Nachmittag über stark besucht. Vor allem fanden sich zahlreiche Staatsbedienstete im Hause ein. Bemerkenswert ist, daß die Kommunisten entgegen ihrer anfänglichen Haltung, der Einheitsfront der Opposition fernblieben, was auf das Betreiben eines „revolutionären“ Flügels ihrer Fraktion zurückzuführen ist. Taran ändert die demagogische Erklärung nicht, die Kreblich im Verlauf der Sitzung abgab, und die auf die gewohnten Verdächtigungen und Beschimpfungen unserer Partei hinausläuft. Ebenso nahmen die Deutschnationalen an der Aktion der oppositionellen Parteien nicht teil. Nachstehend der Sitzungsbericht:

Die Debatte über die Staatsangestelltenvorlagen wird in einem abgefaßt.

Die Berichterstatter (Malik, Cerny, Matoušek, Kubrtil, Rypal, Dr. Josef) begnügten sich damit, den gedruckten Ausschussbericht vorzulesen. Beim Erfolge von Malik auf der Rednertribüne ertönen Abzehrungen.

Malik: Der Hecker der Staatsangestellten kommt!

Malik: Das ist die furchtbarste Vorlage, die je in diesem Parlament überreicht wurde!

Zwischen den tschechischen Sozialdemokraten und einigen Kommunisten kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen, so daß der Vorsitzende wiederholt zur Ruhe mahnt.

Der erste Debatteredner ist Genosse Grünzner, dessen Ausführungen unsere Leser an anderer Stelle finden. Die Rede des Genossen Grünzner ist wiederholt von Zustimmungskund-

gebungen unserer vor der Ministerbank angejammelten Genossen begleitet. Als Grünzner von den Remunerationen spricht, ruft Genosse

Joff: Trinkgelber!

Bei Besprechung der Durchpeitschung ruft

Taub: Damit niemand zur Bestimmung kommt!

Heeger: Pensionarbeit!

Roufmann: Sochsim!

Kubtil: Ein Raub an den Staatsangestelltenrechten, eine Niederträchtigkeit!

Als Grünzner vom Abbau spricht, ruft

Joff: Die lange Ministerbant abbauen!

Am Schluß der Rede Grünzners ertönte langanhaltender Beifall.

Nach dem Kommunisten Ritz spricht der slowakische Volksparteiler Hanko, der eine Erklärung der slowakischen Volkspartei verliest, in der

Vorlagen schreiben könne, mußte vorgestern der Budgetausschuß den ganzen Tag, den langen Abend und die Nacht hindurch bis halb 5 Uhr früh tagen. Kann man das noch ein Parlament und eine parlamentarische Behandlung nennen? Die zahlreichen Beamten- und Angestellten-deputationen, welche in den letzten Tagen das Haus übersfluteten und bei allen Parteien vor-sprachen, um die schändlichen Vorlagen im letzten Augenblick zu verhindern oder sie doch wenigstens besser zu gestalten, kamen zu spät, die Beamtenpötte hatte sich bereits geeinigt und die übrigen Abgeordneten der Mehrheit waren entschlossen, zu allem, was ihnen vorgelegt wurde. Ja und Amen zu sagen.

Unsere Partei und auch die übrigen Parteien der Opposition haben alles aufgeboten, um den Schlag, der gegen die Angestellten des Staates geführt werden soll, wenigstens abzu-schwächen. Sie haben feierlichen Protest gegen die unerhört brutale Weise, mit der die Mehrheit vorging, erhoben, sie haben gegen diese Gesetze, die geeignet sind, die ruhige Entwicklung der Verhältnisse im Staate zu gefährden und sie zu vergiften, Bedenken, Vorstellungen und Mahnungen erhoben. Die wenigen Ver-

änderungen, zu denen sich die Mehrheitsparteien auf Drängen der Opposition und besonders unserer Genossen herbeiließ, lassen das Wesen und den Charakter dieser Anebelungsgesetze unverändert. Bis zum letzten Augenblick haben unsere Genossen im Abgeordnetenhause ausgeharrt und alles getan, um das Attentat gegen die Staatsangestellten zu verhindern, von denen sie wohl wissen, daß sie zum großen Teile in Verfernung ihrer Klassenlage nicht zu den Bekennern unserer Partei zählen, für die als Angehörige der arbeitenden Stände mit aller Kraft einzutreten, sie aber als ihre selbstverständliche Pflicht ansahen. An den Parteien der Koalition praktierten aber alle Mahnungen wie an einer Mauer ab und so ist unseren Genossen und den Vertretern der meisten übrigen oppositionellen Parteien nichts übrig geblieben, als schließlich in einer feierlichen Erklärung gegen die Gewaltmethoden dieses Systems, gegen die schmachvolle, unerste Art der Verhandlung dieser weittragenden Gesetze zu protestieren und durch Nichtteilnahme an den weiteren Beratungen wie auch an der Abstimmung die Verantwortung für die Gesetze der Mehrheit allein und im vollen Umfange zuzuschreiben.

gefordert wird, daß in der Slowakei vor allem die überflüssigen tschechischen Beamten einzusparen werden und durch Slowaken ersetzt werden.

Eine Erklärung der Arbeitsgemeinschaft, vorgebracht von Liska, verweist darauf, daß vor allem die Staatsangestellten deutscher Zugehörigkeit und nicht tschechischer Nationalität Opfer der Sparmaßnahmen seien. Rentnisse und Arbeitslosen werden erspart werden, damit Auslandpropaganda und Spitzelgeist weiter blühen können. Uns selbst umfängt die Pflicht im Kampfe des deutschen Volkes um seine Existenz und seine Rechte unbegrenzten Lebenswillen zu zeigen. Der Raub des Bundes der Landwirte, der deutschen christlichsozialen Volkspartei, der deutschdemokratischen Freiheitspartei und der deutschen Gewerke-Partei weisen die Zustimmung der Mitverantwortung an der Verfassung der Staatsangestellten mit Entschiedenheit zurück.

Die nächsten Redner sind Horak (tsch. Gewerbetarier), Papek (deutsch. Nat. Soz.), Kurial (autonomer karpatenrussischer Landwirt), Vorobsky (magyarischer Sozialdemokrat), Korlat (autonomer Karpatenruss) und Mazek (Kommunist), worauf die Sitzung unterbrochen wird.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung spricht als erster Spacel (Nat. Dem.).

Die Erklärung der Opposition.

Abg. Genosse Dr. Czoch ergreift sodann das Wort:

Im Namen der deutschen und ungarischen sozialdemokratischen Fraktion, sowie auch aller Fraktionen sämtlicher deutscher, ungarischer, slowakischer und karpatenrussischer Oppositionsparteien, mit Ausnahme der deutschen Nationalpartei, die sich ihre abgeforderte Stellungnahme vorbehalten hat, habe ich hier folgendes zu erklären:

Die Gesetze, durch welche die Koalitionsparteien, die durch die verkehrte Röhre und Innenpolitik, durch die falsche Finanz- und Wirtschaftspolitik die in Not geratene tschechoslowakische Wirtschaft zu weiteren verarmen, preisen Zehntausenden von Familien ans narke Leben. Diese Gesetze werden die Vermehrung der Arbeitslosigkeit um viel: Zehntausende von Menschen, die Vergrößerung des Glubs einer fünffachen Zahl von Personen und — statt einer Gebung der Verhältnisse — eine Verschärfung der Wirtschaftskrise, aber auch eine Vergiftung des politischen Lebens in diesem Staate zur Folge haben.

Wieder werden die Angehörigen der Minderheitsvölker, wieder die Zugehörigen der oppositionellen Parteienrichtungen die Opfer sein

und schon jetzt bangen in quälender Sorge viele Zehntausende von Menschen in der Erwartung des ihnen zugebunden unentrinnbaren Schicksals. Diese Vorlagen, die mit allen erworbenen Rechten der Staatsbediensteten schonungslos aufräumen, müssen das Rechtsbewußtsein der Bevölkerung aufs Meergrube untergraben. Da sie nicht wie anderwärts im Einvernehmen mit den Betroffenen, sondern im Wege des Diktats geschaffen werden,

Die Staatsangestellten und die oppositionellen Parteien waren in dem Kampf gegen die vor keiner Niedertracht zurückweichende Mehrheit machtlos. Die Petka-Diktatoren mögen triumphieren, weil sie ihr Ziel, die Schaffung eines neuen Anebelungsgesetzes erreicht. Aber Methoden der Gewalt, Methoden, die sich über Recht, Sittlichkeit und Menschlichkeit hinwegsetzen, haben sich noch niemals in der Geschichte als dauernd und heilsam erwiesen. Die Regierungsmethoden der Büffel, die alles niederstampfen, haben noch in keinem Staate sich bewährt. Auch ein Mussolini ist gescheitert und steht seine diktatorische Herrlichkeit schwinden. Die Diktatur der Koalition wird nicht ewig bestehen. Die Staatsangestellten allein haben eine Macht, die nicht zu unterschätzen ist. Es fragt sich nur, ob sie diese im geeigneten Augenblick gebrauchen werden. Doch auch die übrige Bevölkerung wird einmal die Gefahren erkennen, die in dem heutigen System liegen, das geeignet ist, jeden Keim einer ruhigen Entwicklung zu gesunden Verhältnissen zu vernichten: Trotz aller Terror- und Gewaltgesetze — die Götendämmerung der Koalition wird nicht ausbleiben!

müssen sie die Rechtfertigung an die Schwerste erschüttern.

Das Ergebnis dieses Schrittes der Koalitionsparteien ist also eine große Tragödie, die durch die ganz unzulänglichen Leistungen für die Altersarmen, die Pensionisten, sowie durch die dürftigen Remunerationen an die übrigen Angestellten nicht einmal zu einem kleinen Bruchteil ausgeglichen werden kann, zumal die Art der Bedienung, die Erhöhung der indirekten Ausgaben eine neuerliche Verteuerung der Lebenshaltung der gesamten Bevölkerung herbeiführen muß.

Wir haben noch in letzter Stunde an die Mehrheitsparteien die erste Mahnung gerichtet und nichts unversucht gelassen, sie zu bestimmen, in dem begonnenen Vernichtungswerke Einhalt zu tun und von der Vertiefung des furchtbaren Unrechts, das die Vorlagen enthalten, Abstand zu nehmen. Unsere Bemühungen sind ergebnislos geblieben. Die Koalition will ihr trauriges Werk vollenden.

Vor der gesamten Bevölkerung erheben wir gegen diese Gesetze ein dringlichen Protest und lehnen jede Verantwortung für diese Tat eines verhängnisvollen Systems ab.

Wir werden an der Verhandlung dieser Gesetze, die in den Kreisen der öffentlichen Bediensteten, Eisenbahner, Staatsarbeiter, Beamten aller Kategorien eine Panik hervorgerufen haben, und deren verhängnisvolle Wirkungen nicht lange auf sich warten lassen werden, nicht teilnehmen.

Mit der Verantwortung für alle Auswirkungen der Gesetze belassen wir hiermit die Koalitionsparteien allein und überlassen ihnen die Verantwortung der Vorlagen, sowie die Beschlussfassung.

Nach Abgabe dieser Erklärung verlassen sämtliche deutsche und ungarische Oppositionsparteien, sowie die Ludova strana slowenka den Sitzungssaal. Die deutsche Nationalpartei hat an den Verhandlungen überhaupt nicht teilgenommen.

Nachdem noch einige Redner gesprochen hatten, wurde um neun Uhr abends zur Abstimmung geschritten. Die Gesetze wurden einstimmig angenommen.

Die Verhandlungen der Opposition mit Svehla.

Leere Versprechungen des Ministerpräsidenten.

Aus dem Bestreben heraus, welches unversucht zu lassen, um noch im letzten Augenblicke das Attentat auf die öffentlichen Angestellten abzuwehren, hat unser Klub den Beschluß gefaßt, mit den Koalitionsparteien in Verhandlung zu treten und von ihnen unter Vorlegung der katastrophalen Folgen, die das Abbaugesetz sich ziehen muß, ohne Abänderung des Gesetzes und gewisse Garantien für die sachliche Durchführung desselben zu verlangen. Dieser Aktion haben sich auch sämtliche Oppositionsparteien — mit Ausnahme der Kommunisten und der deutschen Nationalpartei — angeschlossen.

Diese Aussprache hat gestern nachmittags beim Ministerpräsidenten stattgefunden und es haben an ihr außer den Genossen Dr. Czoch und Taub auch noch die Vertreter der bürgerlichen Parteien und der Slowaken teilgenommen. Die Aussprache wurde durch eine Vorlegung des Genossen Dr. Czoch eingeleitet, welcher unter Hinweis auf die große Erregung, welche die Gesetzesvorlagen nicht nur im Kreise der Betroffenen, sondern in der gesamten Bevölkerung ausgelöst hat, an die Regierung die Frage gestellt hat, ob sie bereit sei, den Verlangen der Opposition nach Abänderung des Gesetzes Raum zu geben und überdies legislatorische Garantien in der Richtung zu schaffen, daß das Gesetz nur nach sachlichen Ge-

sichtspunkten gehandelt und vor allem nicht gegen die Angestellten und Bediensteten der Minderheitsvölker einseitig angewandt wird. An der daraufhin durchgeführten Aussprache beteiligten sich alle Mitglieder der Abordnung.

Der Ministerpräsident nahm zu den Darlegungen Stellung und erklärte, daß eine Berücksichtigung irgendwelcher bestimmter Kategorien von Bediensteten nicht beabsichtigt sei und daß es streng darauf ankommen werde, daß dieser Abicht auch bei der Erarbeitung des Gesetzes Rechnung getragen werde. Sühnte jedoch gleichzeitig bei, daß eine Abänderung des Gesetzes absolut ausgeschlossen sei und daß die verlangten oben erwähnten Garantien unmöglich eine gesetzliche Festsetzung finden könnten.

Gegen diese Auffassung wendeten sich sämtliche Mitglieder der Abordnung und erklärten sich keinesfalls damit zufrieden zu geben, indem sie auf das schwere Unrecht hinwiesen, das Tausenden von deutschen Angestellten bisher widerfahren. Gerade im Hinblick auf diese Erfahrungen können sie sich mit bloßen Zusicherungen nicht zufrieden geben. (Mitteilung des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten.)

Das dritte Dezembergesetz.

Rede des Genossen Grünzner in der gefrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses

Die parlamentarische Verhandlung der Vorlagen, welche heute auf der Tagesordnung stehen, ist von hunderttausenden Menschen seit Monaten und Jahren mit Spannung und Sehnsucht erwartet worden. Als wir anlässlich der Beratung des Budgets darauf Verzicht leisteten, die Vergewaltigung, welcher dieses Haus als Wahrzeichen dient, mit dem Eintrag der äußersten Kampfmittel zu beantworten, da hielt uns nur die eine Erwägung zurück, daß unser Kampf zum Vorwand genommen werden könnte, um den Staatsangestellten und Pensionisten auch diesmal wieder die Befriedigung ihrer berechtigten Ansprüche vorzuenthalten. Unsere Selbstüberwindung hat der Koalition die Möglichkeit gegeben, ihre oft wiederholten feierlichen Versprechungen endlich einzulösen. Wir haben freilich nach allen Erfahrungen in diesem Hause von vornherein auf eine halbwegs befriedigende Regelung dieser brennenden Fragen nicht viel Hoffnung gesetzt. Aber die Gesetzesentwürfe, welche uns heute vorliegen,

ungen zu erreichen, deren Notwendigkeit ihnen selbst hätte einleuchten müssen. Aber

wieder hat die Pölla über Vernunft und Gerechtigkeit gesiegt.

In herbeaufreibenden Tag- und Nachtsitzungen innerhalb zweier Tage wurden 4 Gesetzesentwürfe von solcher Tragweite in zwei Ausschüssen durchgeprüft. Es ist richtig, daß hierbei einige kleine Konzessionen gemacht wurden, aber wer das Intrigenspiel, das hier Politik genannt wird, kennt, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß diese Änderungen von vornherein beabsichtigt waren, um den Koalitionsparteien billige Rechtfertigungs- und Agitationsmaterial in die Hand zu spielen. Diese kleinen Einzelverbesserungen ändern nichts an dem Wesen der Gesetze und sie ändern auch nicht das Mindeste an der Tatsache, daß den Abgeordneten, welche nicht zu den Eingeweihten in diesem Saale gehören, vier Vorlagen am Montag mittag an den Kopf geworfen werden, daß man die von der Opposition in den Ausschüssen entworfenen Mitglieder Tag und Nacht genügt hat und das alles nur, weil die Koalition mit ihren immer unerträglicher werdenden Methoden erst in allerletzter Minute ihr sogenanntes Gesetzgebungsrecht zusammenflicken konnte. Wenn man diese Entwürfe betrachtet, so muß man auch sagen, daß

eine derartige Gesetzesmache wohl in keinem Staat der Welt

und selbst in der Tschechoslowakei bisher nicht dagewesen ist. Bage Redensarten, die jeder Willkür freiesten Spielraum lassen, stehen dort, wo gesetzliche Bestimmungen von striktester Prägnanz erforderlich wären. Der erste Teil des Abbaugesetzes ist nichts, als eine Sammlung von Redensarten und Aufträgen, die sich die Regierung selber gibt. Zu dem Gesetz über die Remunerationen erhält die Regierung den Betrag von 385 Millionen einfach zum Aussteilen innerhalb von zwei Jahren. Der vorletzte Paragraph des Beamten- oder Pensionistengesetzes ist ein Steuergesetz, das überdies von geheimnisvollen Andeutungen wimmelt. Fast in jedem Paragraph ist die Zeit zu erkennen, in der der ganze Vorlagenkomplex zusammengestopft wurde. Der Form, dem legitimen Aufbau, entspricht der Inhalt der Gesetze. Das Abbaugesetz ist die gesetzliche Sanktionierung des schwersten Vertragsbruches, den jemals ein Arbeiter begangen hat. Jahrzehntelang wohlverdiente Rechte, durch Beitragsleistungen erkaufte Ansprüche werden einfach vernichtet und ausgelöscht.

Ein solches Beispiel von Vertragsbreche gibt der Staat den privaten Arbeitgeber.

Weit über den Kreis der Staatsangestellten hinaus muß durch ein solches Vorgehen das Gefühl der völligen Rechtsunsicherheit erzeugt werden. Die Staatsangestellten und Arbeiter selbst werden den ärgsten seelischen Qualen ausgesetzt. Durch ein raffiniertes System von ganzer, halber und dreiviertel Abfertigung wird die Ungewißheit noch bedeutend gesteigert und große Teile der Staatsangestellten werden unter dem Druck einer Frist von ganzen drei Monaten in ein beklemmendes Dilemma gepreßt. Wie tödlich dieses ganze System ausgebaut ist, geht aus der Möglichkeit hervor, einem Staatsangestellten den freiwilligen Abgang zu verweigern und ihn nach 6 Monaten gezwungenermaßen mit gekürzter Entschädigung herauszuwerfen. Es gäbe ein einziges Mittel nicht etwa um wirkliche Abhilfe gegen diese Rechtsunsicherheit zu schaffen, aber doch um einen schwachen Schutzdamm aufzurichten, der wenigstens die ärgste Willkür abwehren könnte. Es müßten bei der Durchführung des Staatsangestelltenabbaues die Staatsangestellten selbst durch ihre Vertrauenspersonen zur Mitwirkung herangezogen werden. In Oesterreich, welches den Beamtenabbau unter dem Druck fremdländischer Diktates durchführte, wurde dieser Schutzdamm aufgerichtet. In der Tschechoslowakei denkt man an solche demokratische Maßnahmen natürlich nicht.

Die Durchführung des Abbaues, die Festlegung der Fristen, die Bestimmung des Vorgehens, die

Auswahl der Betroffenen wird schrankenloser Willkür der Regierung überlassen.

Die Momente, welche beim zwangswise Abbau in Erwägung zu ziehen sind, werden einfach ohne irgendeine Rangordnung, ohne irgendeine Nachsicht zu geben, aufgezählt und es bleibt dem freien Ermessen der Regierung überlassen, auf welchen gerade passenden Vorwand sie sich in jedem Einzelfall zu berufen beliebt. Wir kennen natürlich den Zweck dieser unbestimmten Fassung. Es soll den Angestellten an den Kragen gehen, die oppositioneller Bestimmung verdächtig sind. Es kann nach dem, was wir in den fünf Jahren erlebt haben, natürlich nicht der mindeste Zweifel obwalten, daß die Staatsangestellten, die nicht der herrschenden Nation angehören, daß insbesondere die deutschen Staatsangestellten, die deutschen Eisenbahner, die deutschen Tabakarbeiter unter dem Vorwande von Ersparungsmaßnahmen aus dem Staatsdienste gedrängt werden sollen.

Es soll der Staatsapparat noch mehr als bisher zu einem bloßen Werkzeug der Koalitionsparteien

werden und um diesen Zweck zu erreichen, geht man über die Lebensschicksale von tausenden und aber tausenden Menschen mit kalter Gleichgültigkeit hinweg. Und was werden die Menschen bekommen, die man auf die Strafe stößt? Abfertigungen, die knapp hinreichen ein paar Monate lang das Leben zu fristen. Es wird der Druck der Entlassenen den Konfliktkampf um die Arbeitsgelegenheit verschärfen, die Wiedererlangung einer Existenz erschweren und wir glauben, niemand in diesem Saale ist so leichtsinnig, zu glauben, daß es unter solchen Umständen den aus dem Staatsdienst Gebrängten möglich sein wird, sich innerhalb weniger Monate eine ganz neue Existenz aufzubauen, eine Erwerbsgelegenheit zu finden, auf die sie nicht vorbereitet sind. Das Abbaugesetz wird also, meine Herren von den Koalitionsparteien von ihnen in dem vollen Bewußtsein beschlossen, daß sie hiedurch

die Zahl der Arbeitslosen um Tausende vermehren,

und daß sie diese Tausende mit allen ihren Familienmitgliedern dem Elend preisgeben. Diese Zukunftsaussichten lassen wahrlich den gegenwärtigen Augenblick als recht geeignet erscheinen, die Eisenbahnfahrtpreise zu verteuern, den Telefonverkehr zu verteuern, die Stempelgebühren zu erhöhen, was selbstverständlich alles, auch wiederum den Handel und die Industrie belastet und sich so letzte Endes in einer neuen Erhöhung der Lebenshaltung für die breiten Massen auswirken muß. Dabei werden weitere Attentate auf die Massen angekündigt, in der geradezu frivolsten Bestimmung, daß andere geeignete Maßnahmen getroffen werden sollen, um die Bedienung zu finden. Es ist gar nicht abzusehen, welche Vollmachten damit der Regierung in die Hand gegeben werden und es ist gar nicht abzusehen, was für wirtschaftliche Folgen sich daraus ergeben werden. Dabei ist die ganze Art, in der die Bededungsfrage geregelt wird, von einer beispiellosen Verhöhnung. Die Bededung für die Beamtenremunerationen soll in den Erparnissen gefunden werden, welche der Abbau bringt, aber gleichzeitig muß eingestanden werden, daß heute niemand eine Abnung hat, ob in absehbarer Zeit überhaupt eine Ersparung zu verzeichnen sein wird. Wieder und wieder drängt sich da die Frage auf: Wenn schon gespart und abgebaut werden soll, warum baut man nicht dort ab, wo der Abbau eine wahre Erlösung für die ganze Bevölkerung bringen würde? Warum spart man nicht an den Ausgaben, deren ins Uebermaß gesteigerte Milliarden-

last die eigentliche Ursache aller finanziellen Schwierigkeiten des Staates ist. Inmitten einer weltumfassenden Bewegung, die die Sicherung des Friedens verlangt, werden

Jahr für Jahr Milliarden für den Militarismus

ausgegeben, unproduktive Investitionen gemacht, Geschütze, Munition und Explosivstoffe in ungeheuren Vorräten aufgehäuft, zu Übungszwecken in die Luft verpulvert und das alles, obwohl jeder besonnene Mensch weiß, daß die Tschechoslowakei selbständig gar nicht imstande ist, einen Krieg zu führen, daß sie mit allen diesen Rüstungen nur das Werkzeug eines neuen Imperialismus ist. Hier wäre mit der Erneuerung der Staatsfinanzen einzusetzen und es wäre mehr als eine bloße finanzielle Sanierung, es könnte ein erster Schritt zur Abkehrung des äußeren und des inneren Friedens sein. Aber gerade das will die Koalition nicht, ja es ist geradezu der

Inhalt der Koalitionspolitik, diesen Frieden unmöglich zu machen.

Darum muß an den Staatsangestellten, gepart, darum muß die Lebenshaltung verteuert, darum muß die Arbeitslosigkeit in gefährlichem Maße verschärft werden. Das ist die Wiederherstellung des Unrechtes, das durch zwei Dezembergesetze begangen wurde. Nicht nur die Staatsangestellten und die staatlichen Arbeiter, die ganze Bevölkerung wird dieses dritte Dezembergesetz mit den gleichen Flächen begleiten, mit denen die beiden ersten bedacht worden sind. Das ist das Weihnachtsgeschenk der Koalition an die Staatsangestellten und staatlichen Arbeiter, daß niemand von ihnen für das nächste Jahr seiner Existenz sicher ist, daß also Hunderttausende von Familien um ihre Existenz zittern und bangen müssen. Das ist das Weihnachtsgeschenk der Koalition an die gesamte Arbeiterschaft, daß diese vor einer Verschärfung des Kampfes um den Lebensunterhalt, vor einer gewaltigen Vermehrung der Arbeitslosigkeit zittern und bangen muß. Das ist das Weihnachtsgeschenk der Regierungsparteien an die breiten Massen, daß sie eine neue Vertenerung der Lebenshaltung zu befürchten haben. Wir gönnen den Staatsangestellten und den Alpenpensionisten von Herzen die bescheidene Verbesserung, die ihnen gewährt wird, wir haben wiederholt bedeutend mehr gefordert und durch parlamentarische Aktionen zu erreichen versucht. Aber sie wollen diese von Tausenden armen Menschen mit banger Sehnsucht herbeigewünschte Gabe zum Vorwand für das Abbaugesetz machen. Sie haben, wie es ihre Gewohnheit ist, wieder ein haffenswertes Funkt in aufgestellt, sie nehmen auf der einen Seite ein Vielfaches dessen, was sie auf der andern Seite geben.

Sie geben ein paar Groschen als Trinkgeld und nehmen dafür die Rechtfertigung.

Gegen dieses frivole Spiel erheben wir mit aller Schärfe Protest und wir werden es nicht zulassen, daß sich die Vernichtung von Zehntausenden von Staatsangestellten und Beamten heuchlerisch in das Gewand der Angelegenheitsfreundlichkeit hüllt. Wir klagen die Regierung und die sogenannten staatsbehaltenden Parteien an, daß sie den Staat und die Bevölkerung in immer schwerere Kassen, in immer gefährlichere Konflikte hinein treiben, wenn sie nicht noch rechtzeitig einlenken, wenn nicht endlich die Interessen des imperialistischen und nationalistischen Machtsystems zurücktreten hinter den Interessen der arbeitenden Menschen in diesem Staate, wenn nicht endlich einmal der Wachtvahn und die Herrschaftsgelüste der Koalition zurücktreten hinter den Interessen der gesamten Bevölkerung.

übersteifen die schlimmsten Verurteilungen bei weitem.

Sie sind eine Herausforderung der Staatsangestellten, Arbeiter und der ganzen Öffentlichkeit. Sie haben die Regelung der Bezüge mit dem Abbau verknüpft. Wir verschließen uns nicht der Notwendigkeit, den staatlichen Verwaltungsapparat zu verkleinern und zu vereinfachen. Aber mit aller Schärfe müssen wir gegen die

beispiellos brutalen Methoden

protestieren, mit welchen dabei vorgegangen werden soll. Die Staatsangestellten werden vogelfrei gemacht, sie müssen täglich und stündlich vor der Verschickung in die fernsten Gegenden des Staates und vor dem Abbau zittern. Schrankenlose und unkontrollierbare Willkür entscheidet über ungezählte Menschenchicksale. Wieder wird eine Staatsnotwendigkeit zum Instrument politischer und nationaler Verfolgung gemacht. Der Aufsturz zur Verwaltungsreform ist die vollständige seelische Zerrüttung, die gefährlichste Demoralisierung der Staatsangestellten. Aber, wo die Regierung den Angestellten und Ruhestandlern etwas gibt, zeigt sie sich keineswegs im schärferen Licht. Den Staatsangestellten werden statt der versprochenen Erhöhung ihrer Bezüge Remunerationen gegeben, deren Höhe von der Willkür der Regierung abhängt und welche für die großen Massen der Angestellten und Arbeiter elende Bettelgroschen sein werden. Den Vermittler der Armen, den Alpenpensionisten wird die Gleichstellung mit den um ein geringes weniger armen Neupensionisten gewährt, aber auch dieses Minimum sozialer Gerechtigkeit wird durch zahlreiche Ausnahmen durchbrochen. Die Kosten dieser mehr als bescheidenen Leistungen sollen wiederum zum größten Teile die breiten Massen tragen. Zu diesen Vorlagen, deren Mängel, deren Unerträglichkeit in die Augen springt, hat die Koalition monatelang gebraucht. Niemand, nicht die in ihren Lebensinteressen Betroffenen, nicht die parlamentarischen Parteien, nicht die nationalen Minderheiten wurden um ihr Gutachten oder auch nur um ihre Wünsche gefragt. In allerletzter Stunde ist die Koalition mit ihren Laborkanten fertig geworden. Was gestern noch für die Koalition eine höchst umfrittene Sache war, ist heute für das Parlament ein

unabänderliches Diktat.

Als wir bei der Beratung des Budgets gegen den gleichen Vorgang protestierten, haben sie pharisaisch erklärt, daß sie die Freiheit der Kritik nicht im mindesten beschränken. Heute stehen vier Gesetze zur Verhandlung, welche alle Probleme der staatlichen Verwaltung, der Finanzpolitik und der Volkswirtschaft aufrollen und das Schicksal von vielen zehntausenden Menschen berühren — für all das haben sie wenige Stunden „wöllige Freiheit der Kritik“ gegeben. Wir haben uns trotzdem bemüht, in den Ausschüssen sachlich mitzuarbeiten, durch unverdrossenen Einsatz unserer Kräfte wenigstens jene Verbesse-

Protokollversammlung der Staatsangestellten in Brünn.

Gestern abends fand in Brünn eine vom Vorstand der öffentlichen Angestellten einberufene Versammlung statt, die sich mit den neuen Beamtenverträgen beschäftigte. Genosse Ratsch in La besprach die Forderungen dieser Beamten, insbesondere des Abbaugesetzes. Abgeordneter Genosse Grünzner schilderte eingehend den Lebensweg der Beamten aller Kategorien sowie der Pensionisten, die Jahre lang auf die Regelung ihrer so langen Bezüge warten mußten und sich jetzt abemals in ihren Hoffnungen betrogen sehen. Er wies auf die ungenügenden Formmängel der Vorlage und die in unserem Staate nun schon einmal übliche Methode der parlamentarischen Verhandlung hin und entkräftete ausführlich die Argumente, deren sich die Koalitionsabgeordneten zur Verteidigung dieser Beamtenfeindlichen Vorlagen bedienten. Alle Rechte, die sich die Beamten seit dem Umsturz erkämpft hatten, werden nun mit einem Federstrich beseitigt. An drastischen Beispielen aus der Nachsitzung des sozialpolitischen Ausschusses zeigte Genosse Grünzner die schleuderhafte Tätigkeit, mit der so einschneidende Gesetze bei uns gemacht werden. Koalitionsabgeordnete, ja selbst der Ausschussreferent, haben von dem Inhalt der Vorlagen, die von den diversen Beiräten ausgearbeitet worden sind, keine Ahnung gehabt. Die ganze Bevölkerung gegen die Staatsbeamten aufzuheben, die Staatsbeamten gegeneinander aufzuheben, das ist der Wunsch der Koalition. Mit dem Rufe nach Zusammenschluß aller Staatsbeamten ohne Unterschied der Nationalität, nach der Solidarität aller arbeitenden Menschen dieses Staates schloß Genosse Grünzner sein mehrmals von stürmischem Beifall der zahlreich anwesenden Staatsbeamten unterbrochenes Referat.

Die Sozialdemokraten für die Weimarer Koalition, aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten. — Nur eine Minderheitsregierung möglich.

Berlin, 18. Dezember. (Eigenbericht.) Heute nachmittags hielt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre erste Sitzung ab. Genosse Hermann Müller berichtete über die politische Lage und über die mit dem Reichskanzler geführten Verhandlungen über die Neubildung einer Regierung. Nach einer eingehenden Debatte wurde folgender Beschluß gefaßt:

Die sozialdemokratische Fraktion ist der Auffassung, daß aus Gründen der äußeren und inneren Politik eine Regierung des Bürgerblocks verhin dert werden müsse. Mit Rücksicht auf die Haltung der deutschen Volkspartei sieht sie in der Weimarer Koalition (Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten) die gegebene Lösung.

Nach den Beschlüssen der deutschen Volkspartei und des Zentrums besteht zur Zeit nur noch die Möglichkeit zur Bildung von Minderheitsregierungen. Aus dem Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion ergibt sich, daß diese bereit ist, sich aktiv an einer solchen Regierung zu beteiligen. Außerdem liefert der Beschluß einen neuen Beweis dafür, daß die Reichstagsfraktion der deutschen sozialdemokratischen Partei nach wie vor zur positiven Mitarbeit bereit ist.

In der Sitzung wurde ferner beschlossen, als stärkste Fraktion des Reichstags Anspruch auf den Präsidentensitz zu erheben; als Kandidat wurde Genosse Loebe vorgeschlagen.

Berschleppungstaktik der Volkspartei.

Berlin, 18. Dezember. (Eigenbericht.) Ueber die Regierungskrise ist zu berichten, daß die deutsche Volkspartei offenbar die Taktik befolgt, die

Verhandlungen bis zum Jänner hinzuziehen, um dadurch das Zentrum für die Beteiligung am Bürgerblock müde zu machen. Es ist nicht zu erwarten, daß dieser Plan gelingen wird. Die bayerische Volkspartei erklärt in einem Kommuniqué, daß die umgehende Bildung einer arbeitsfähigen Reichsregierung dringend geboten sei. Die Fraktion erachtet die Bildung einer bürgerlichen Einheitsfront für das einzig gegebene und wird eine solche Regierung unterstützen.

Bergebliche Verhandlungen des Reichskanzlers.

Berlin, 18. Dezember. (Wolff.) Reichskanzler Marx hat im Laufe des heutigen Tages mit den Parteiführern die sich bietenden Möglichkeiten einer Regierungsabänderung besprochen. Die Verhandlungen haben zu keinem positiven Ergebnis geführt, da sämtliche Fraktionen auf den von ihnen gefaßten Beschlüssen bestanden haben. Der Reichskanzler wird dem Reichspräsidenten über das Ergebnis seiner Bemühungen morgen vormittag Bericht erstatten.

Der Staatsgerichtshof in Tätigkeit.

Leipzig, 18. Dezember. (Eigenbericht.) Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig verurteilte drei Angehörige der kommunistischen Partei aus Mecklenburg wegen Hochverrats zu Zuchthausstrafen von zwei bis drei Jahren; die Angeklagten sollen insbesondere Sprengstoffe gestohlen und Vorbereitungen zum gewalttätigen Umsturz betrieben haben.

Einigung in Wien.

Wien, 18. Dezember. (Eigenbericht.) Die Verhandlungen zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen wegen der Zustände in der Heermacht, die sich solange hingezogen hatten und wiederholt die Arbeitsfähigkeit des Parlamentes gefährdeten, wurden heute mittags zu Ende geführt. Die Verhandlungen betrafen das Vorgehen bei den Werbungen für das Heer. Der Heeresminister hatte die Absicht, neben den Anwerbungen eine größere Anzahl christlichsozialer Protektionskinder in das Heer hineinzubringen. Es wurde vereinbart, daß nach der Reihe der Anmeldungen die Ausnahmen in das Heer zu erfolgen haben. Einige Ausnahmen wurden zwar geltend gelassen, jedoch vereinbart, daß hierbei mit

dem parlamentarischen Ausschuss ein Einvernehmen erzielt werden muß. Uebrigens hat es sich herausgestellt, daß die Zahl derjenigen, die angeworben werden sollen, obwohl die Werbepflicht schon Ende Dezember abläuft, noch lange nicht voll ist, woraus sich ergibt, daß der Heeresminister seine Pläne hätte ruhig durchführen können. Dafür hat die Sozialdemokratie sich bereit erklärt, ein dreimonatliches Budgetprovisorium durchzulassen. Weiters wird sie die handelspolitischen Gesetze, wodurch unter anderem die Handelsverträge mit der Tschechoslowakei und Deutschland ermöglicht werden sollen, zur Beratung zulassen. Ferner wurde eine Einigung über eine Reihe anderer sozialpolitischer Gesetze erzielt.

Bezirken die Tätigkeit dieser Paritätskommissionen von den Unternehmern verhindert wird. Dies trifft insbesondere auf die Paritätskommissionen für die Waldwirtschaft zu. Der Verbandsrat verlangt deshalb von den zuständigen staatlichen Behörden, daß der Erlass des Ministeriums für Landwirtschaft vom 6. April 1923 tatsächlich eingehalten wird.

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Der Vorsitzende Gen. Uhr begrüßte den mittlerweile eingetroffenen Gen. Grobaf vom tschechischen Landarbeiterverband, der den Verbandsrat ebenfalls begrüßte. Sodann brachte Gen. Uhr die noch zur Erledigung vorliegenden Resolutionen und Anträge zur Kenntnis, die familiäre angenommen wurden. Wir wollen aus diesen Resolutionen das Wesentliche mitteilen:

In einer Resolution werden die sozialpolitischen Forderungen der Landarbeiter folgendermaßen umschrieben:

1. Aufhebung der Dienstbotenordnung und Unterstellung unter ein vom sozialen Geiste getragenes Arbeiterrecht.
2. Strenge Durchführung des Achtstundentages Anpassung der Arbeitszeit der Deputierten.
3. Verbot der Kinderarbeit.
4. Einrichtung von Fachkursen zwecks technischer Ausbildung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitskräfte.
5. Beistellung von Wohnungen an die Land- und Forstarbeiter, die den menschlichen Anforderungen entsprechen.
6. Die längst fällige Einbeziehung der Land- und Forstarbeiter in die Unfallversicherung und die Festsetzung der Renten in einer den wirklichen Existenzverhältnissen entsprechenden Höhe.
7. Einbeziehung der Land- und Forstarbeiter in die Arbeitslosenversicherung.
8. Gewährung von bezahlten Erholungsurlauben für die gesamte land- und forstwirtschaftliche Arbeiterschaft. (Urlaubsgeld.)
9. Den bestehenden Gewerbeinspektoren sind Land- und Forstwirtschaftsinspektorate anzuschließen, die sämtlich in ihrem Sprengel bestehenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe zu beaufsichtigen haben. Die Inspektion muß sich auch auf die Wohnstätten der Land- und Forstarbeiter erstrecken. Dem Land- und Forstinspektor ist ein Hilfsinspektor beizustellen, der durch die Organisation der Land- und Forstarbeiter bestimmt wird.

Eine zweite Resolution befaßt sich mit der Bodenreform.

Es heißt darin u. a.: An Stelle der ehemaligen Großgrundbesitzer werden nun Angehörige der zahlungsfähigen

tschechischen Herren-Klasse und bewährte tschechische chowbinistische Agitatoren als Eigentümer über den Boden eingesetzt.

Die nach den Gesetzen zurecht bestehenden Ansprüche der Gemeinden und der ansässigen Bevölkerung werden abgewiesen, die nicht tschechischen Arbeiter, Angestellte und Beamte in vielen Fällen um ihren Arbeitsplatz gebracht und ihre weitere Existenz wird untergraben und schwer geschädigt. Alle Bestrebungen, die Gesetze zur Geltung, die Rechte der Anspruchsberechtigten zu sichern, den Beschäftigten den Arbeitsplatz zu erhalten, waren bis jetzt erfolglos und sind an dem Widerstande des Bodenamtes und der bisherigen Regierungen gescheitert.

Es ist notwendig, auszusprechen, daß die im Verbanne der Land- und Forstarbeiter organisierten Arbeiter entschieden eine Aenderung fordern. In erster Linie ist zu fordern, daß das kontrolllose Bodenamt so umgebildet wird, daß auch die bis jetzt ausgeschlossenen Minderheitsnationen und vor allem die Arbeiterschaft eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung bekommen. Das Bodenamt ist unter die Kontrolle des Parlamentes zu stellen.

Ein wichtiger Antrag fordert Verhandlungen wegen

Verschmelzung mit dem Verband der Kleinbauern und Häusler.

Der dritte Kongreß der internationalen Landarbeiterföderation in Berlin 1924 sprach sich für die Organisation der Kleinbauern und Häusler im Rahmen der Landarbeiterorganisation aus.

Der heutige Verbandsrat steht ebenfalls auf dem Standpunkte, daß eine Zusammenfassung aller Teile des proletarischen Landvolkes in gemeinsam wirkenden und einheitlichen Organisationen im allgemeinen Interesse gelegen ist.

Da in der Tschechoslowakei neben der Landarbeiterschaft die Schicht der proletarischen Kleinbauern und Häusler in beträchtlicher Zahl tatsächlich vorhanden;

da weiters die Organisation der Kleinbauern und Häusler auf ihrem Verbandstage am 8. und 9. März 1924 die prinzipielle Geneigtheit für die Verschmelzung mit unserem Verbanne ausgesprochen hat;

beschließt der Verbandsrat, den Vorstand zu ermächtigen, in Verhandlungen zwecks einer organisatorischen Verschmelzung mit dem Verbanne der tschechischen Kleinbauern und Häusler, sich Teplitz einzutreten und beauftragt ihn weiters, wenn die Verhandlungen ein für die organisatorische Verschmelzung günstiges Ergebnis zeitigen, diese und alle daraus sich ergebenden statistischen Aenderungen durchzuführen.

Unser neuer Roman.

Wir beginnen morgen mit dem Abdruck einer großen Erzählung, deren originelle und spannende Handlung bei unseren Lesern zweifellos großes Interesse hervorrufen wird.

Der Gletscher

Ein neuer Mythos vom ersten Menschen

Ist das beste Buch des dänischen Schriftstellers Johannes V. Jensen, erfüllt von Schönheit, Kraft und Poesie. Der Urwald des Steinzeitmenschen ist der Ort, an den und die glühende Phantasie des Dichters führt. Das ungeheure, unwalzende Erlebnis der Eiszeit rollt vor unseren Blicken ab und hineingeflochten in dieses gigantische Naturgeschehen ist der Mythos von den ersten Menschen, die den Kampf mit der Allbewingerin Natur ausnahmen und in diesem geradezu übermenschlichen Kampf erst wirklich denkende, bewußt schaffende Menschen wurden. Die Erzählung ist weit mehr als ein der Seele ihres Schöpfers entsprungenes Märchen, sie ist ein Stück übergewaltiger Schöpfungsgeschichte, gepaart mit zartester Empfindung, die es dem Dichter gelingen läßt, Seelen- und Gedankenwelt der Urmenschen und ihre Entwicklung nachzuschaffen. Mit den Menschen der Eiszeit, die als riesenhafte, unsahbare Ereignisse über die Kreatur hereinbricht, sehen wir in diesem Roman auch Leben und Leid des Urgetiers vor uns entstehen und vergehen.

Kühn und groß sind Wesen und Gang dieser Erzählung, atemberaubend die Gletscherluft, die in ihr weht.

Wir hoffen, daß dieser Mythos vom ersten Menschen in einer ganz ausgezeichneten Uebersetzung lebhaftes Interesse und größte Freude bei unseren Lesern wecken werden.

Tages-Neuigkeiten.

Bildchen aus dem Parlamente.

Im sozialpolitischen Ausschusse. Halb elf Uhr nachts. Das Pensionistengesetz kommt zur Verhandlung, der Antrag auf Vertagung wird abgelehnt. „Also geht wir's an!“ sagt unser Laub und hält eine Rede, sachlich, scharf, jedes Wort schlagfertig. „Die Müternacht zieht näher schon“, das Militärpensionistengesetz wird „beraten“. Der Herr Berichterstatter meint, die Opposition solle keine langen Reden halten, die Pensionisten brauchen das Gesetz. Gen. Grünzner gibt die entsprechende Antwort. Dann kommt die „Beratung“. Der Referent murmelt einen Paragraph nach dem andern; mechanisch erhebt die „Börsina“ die Hände, um halb eins ist alles unter Dach und Fach. Dann wandern die Vorlagen in den Budgetausschuß. Um fünf Uhr früh ist's vollbracht. Unsere Genossen sind munter, lebhaft, die Mehrheit ist „milde des grausamen Spiels“.

Im Hause. Nach Grünzner spricht R. F. Z. der Kommunist. Reue Personen sind im Saale, der kommunistische Klub ist nicht da. Nach und nach kommen einige und nehmen ihre Plätze ein. Kein Zwischenruf, es ist in der Mittagsstunde.

Die Galerie nur dünn besetzt. Schon die Scharten vielleicht, die das große Ereignis vorauswirft. Ein furchtbares Schicksal redt sich auf — Entlassung, die Strafe, das Elend. Wer darf noch wagen, seine Meinung zu äußern, offen, freimütig sein zu dürfen? Die „Erziehungsmethode“ der hohen Pötte wirkt bereits. Von den Mehrheitsparteien spricht kein Redner, die Ministerbank ist lang und leer.

Gestern nachmittags war um das „Hohe Haus“ viel Polkei zu sehen. Ein herrliches Sinnbild unserer Demokratie!

Das Ende eines echten Kommunisten. Als Jenerzeit nach der Spaltung die Kommunisten überall die sozialdemokratischen Organisationen zu zertrümmern versuchten und bei dieser Zerstörungslust leider oft das Ziel ihrer Bestrebungen erreichten, hat sich in unkerer Organisationen im Osttrauer Gebiet eine der radikalsten befand, der Kommunist Franz Raab aus Odrau hervorgerufen. Dieser „Revolutionär“ trägt einen großen Teil der Schuld daran, daß die deutsche Arbeiterschaft in dem dortigen Gebiete aktionsunfähig wurde. Nun hat den „Revolutionär“ sein Schicksal ereilt. Die Kommunisten, die den so modernen Zerstörer und Spalter seinerzeit freudig in ihren Reihen mit an der Spitze marschieren ließen, haben ihn nun, wie der „Vorwärts“ aus Odrau berichtet, aus der Partei „wegen — dauernd schädigenden Verhaltens“ hinausgeworfen. Raab wird jetzt von den Kommunisten sogar Denunziation vorgeworfen. Und einen solchen Menschen haben die Kommunisten auf den Schild gehoben weil er einer der ersten war, der die „Sozialpatronen“ im Osttrauer Gebiet „entlarven“ half!

Der Verbandstag der Land- und Forstarbeiter.

Am Samstag, den 13. und Sonntag, den 14. Dezember, fand in Teplitz der zweite Verbandstag des obgenannten Verbandes statt. Der Verbandstag hatte die für die weitere Entwicklung der Organisation notwendigen Beschlüsse zu fassen. Die Beratungen wurden in überaus ernst und sachlicher Weise geführt.

Nach Eröffnung des Verbandstages hielt Genosse Uhl Allen in den letzten Jahren verstorbene Mitgliedern einen tief empfundenen Nachruf. Nach Erledigung der notwendigen Formalitäten erhielten die Gäste zu Begrüßungssprachen das Wort. Es sprachen: Für die Landarbeiter-internationale und den deutschen Landarbeiterverband Gen. Schmidt-Berlin, für den Zentralverband der Kleinbauern und Häusler Genosse Schweichhart für den österreichischen Verband Gen. Wimmer-Bing, für die sozialdemokratische Partei Gen. Dr. Hecker, für die Zentralgewerkschaftskommission Gen. Schäfer und für die Kreiengewerkschaftskommission Teplitz Gen. Arbeiter. Hierauf erstattete Gen. Uhl den Tätigkeits- und Kassabericht. Er schilderte in ausführlicher Weise die im Laufe der Berichtzeit von der Verbandsleitung und dem Verbandsvorstand geleistete Arbeit. Er konnte feststellen, daß nun nach Ueberwindung der schwersten Zeit es wieder aufwärts und vorwärts geht. Für die Kontrolle berichtete Gen. Langhans. Aus der Mitte der Delegierten wurde ein Antrag eingebracht, der der Verbandsleitung für ihre geleistete Arbeit das Vertrauen aussprach. Der Antrag wurde einstimmig akzeptiert.

Am zweiten Verhandlungstage erstattete Gen. Brückner über die Regelung der Beitragsfrage und der Einführung der Arbeitslosenunterstützung auf Grund des Gesetzes über den Staatsbeitrag Bericht. Er verwies auf die Notwendigkeit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung und die dadurch bedingte Neuregelung der Beiträge. Er begründete ausführlich die dem Verbandsrat vorgelegten Anträge. Nach abgehaltener Debatte wurden die vorgelegten Anträge angenommen.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung: Lohn- und Arbeitsverträge, erstattete der Gen. Paul das Referat. Er begründete ausführlich die auf dem Gebiete der Tarifpolitik durchgeführten Maßnahmen und stellte fest, daß es trotz aller Schwierigkeiten den Agrariern nicht gelang, den Zustand der Vorkriegszeit wieder herzustellen. Es konnte festgestellt werden, daß im letzten Jahre eine Erhöhung der Löhne erreicht worden ist. In der zu diesem Punkte eingebrachten Resolution heißt es u. a.:

Der zweite ordentliche Verbandstag des Verbandes der Land- und Forstarbeiter nimmt den Bericht über die im Laufe der Berichtzeit durchgeführten Lohnaktionen mit Befriedigung zur Kenntnis. Dem Verbandsrat und der Verbandsleitung, die alles getan haben, um die Existenz der Land- und Forstarbeiter zu verbessern, wird für ihre schwere Arbeit in einer ungunstigen Zeit das volle Vertrauen ausgesprochen. Die Arbeiter haben die Verpflichtung, die Einhaltung der Verträge zu beachten und dürfen ohne Zustimmung der Verbandsleitung nicht selbständiges unternehmen, sondern es sind alle Aktionen nur im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen der Organisationen in die Wege zu leiten. Das Vorgehen der freien Vereinigungen der Forstbesitzer Westböhmens und Nordböhmens, die den Abschluß von Tarifverträgen zu verhindern suchen, verurteilt der Verbandstag aufs schärfste. Obwohl in allen Bezirken Paritätskommissionen errichtet wurden, muß festgestellt werden, daß in einigen

Die Amtsstunden der Postämter zu Weihnachten und Neujahr. Am 24. Dezember 1924 dauern die Amtsstunden für den Parteienverkehr im Postdienste bis 17 Uhr. Die Zustellung der Briefpost erfolgt an diesem Tage nur bis 17 Uhr, die der Pakete aber wie an Werktagen. Am 25. Dezember 1924 und am 1. Jänner 1925 wird wie an Sonntagen, am 26. Dezember 1924 wie an Feiertagen amtiert. Bezüglich der Telegraphen- und Telephongebühren gelten am 25. Dezember 1924 und am 1. Jänner 1925 die Vorschriften wie an Wochentagen.

Staatliche Neubauten in Prag. Während die Gebäude des Ministeriums der sozialen Fürsorge und des Ministeriums für öffentliche Gesundheit und Körperpflege beim Palast-Denkmal in Prag-Przedehrad bereits im Bau sind, wurde jetzt, wie offiziös gemeldet wird, über die Baupläne der übrigen Zentralämter definitiv entschieden. Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten, das Eisenbahn- und das Landwirtschaftsministerium werden auf dem Peterskai errichtet. Das Außenministerium wird die entsprechend adaptierte Cerninsche Kaserne auf dem Pohořelec beziehen. Die dort heute sich befindlichen Militärabteilungen werden in einer neuen Kaserne in Puzyn untergebracht. Das Justizministerium wird auf dem Belvedere-Platz in der Nähe des dort projektierten Gebäudes der Nationalversammlung gebaut, das in der Achse der Siesani-Brücke liegen wird. Das Oberste Verwaltungsgericht wird in Smichov bei der Jakobskirche und das Nationalverteidigungsministerium auf dem Belvedere gleichfalls in der Nähe des Parlamentes gebaut. Das Gebäude, in welchem heute das Gesundheitsministerium untergebracht ist, wird nach dessen Umzug in den Neubau beim Palast-Denkmal von einem Teil der politischen Landesverwaltung bezogen werden. Als Standort für den projektierten Neubau des staatlichen Konservatoriums wurde jener bestimmt, auf dem sich heute die alte Kuzjzer Kaserne erhebt. Die Prager Stadtgemeinde wird diesen Platz wahrscheinlich kostenlos für das Konservatorium widmen. Vom Ministerium für öffentliche Arbeiten wird nun an den Verbauplänen gearbeitet, um festzustellen, in welchem Ausmaß dieses Grundstück ausgenutzt werden muß. Das Arbeitsministerium beabsichtigt demnächst eine Konkurrenz zwecks Erwerbung von Bauplänen für dieses Gebäude auszuschreiben. Den Architekten ist damit die Aufgabe gestellt, das Projekt zu einem Gebäude zu entwerfen, das — vom architektonischen Standpunkt — den entsprechenden Abschluß der Chotkage (in der Achse der Brücke der Legionen) am Fuße des Laurentzberges bilden soll. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten hat die staatliche Regulierungskommission und die Gemeinde Prag um Mitteilung der Bedingungen ersucht, unter welchen dieses Grundstück in staatlichen Besitz überführt werden könne.

Amtliche Ratsschlüsse. Die Postdirektion in Prag teilt mit: „Die Telephonabonnenten des Prager Telephons — es können selbst und zu ihrem eigenen Vorteil den Telephonverkehr verbessern helfen, falls sie folgende Winke beachten: Der Anruf der Telephonzentrale ist durch ein- bis drei Abheben des Mikrotelephones von der Gabel des Telephonapparates zu bewerkstelligen. Falls sich die Telephonzentrale nicht sofort meldet, verhindert ungeduldriges Klopfen auf die Gabel die Meldung der Zentrale, da die Beamtin — falls der Abonnent direkt in die Linie des Arbeitsplatzes eingeschaltet ist — schmerzhafteste Schläge in die Leeren erhält. Auch macht der in den Wähler eingeschaltete Abonnent die Einschaltung auf freie Arbeitsplätze unmöglich, da er durch Niederdrücken der Gabel jedesmal den Wähler in neue Bewegung versetzt. Sobald sich die Telephonzentrale

Reichskonferenz der Bergarbeiter.

Die Vereinbarungen betreffend die Teuerungszulagen im Bergbau angenommen.

Prag, 18. Dezember. Heute tagte im „Radni Dům“ in Smichov die von den koalitierten Verbänden einberufene Bergarbeiter-Reichskonferenz, welche über das Ergebnis der Lohnverhandlungen zu entscheiden hatte. Sie war von 45 Vertretern der koalitierten Verbände aller Reviere und 16 Vertretern der Revierräte besetzt. Den Vorsitz führten die Gen. Jarolim, Brožil und Piskarovič. Den Bericht über die Lohnbewegung erstatteten die Gen. Brožil und Pohl. Nach einer längeren sachlichen Diskussion, in der sich die Vertreter der verschiedenen Reviere für die Annahme der erzielten Bedingungen aussprachen, wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen.

Die Reichskonferenz nimmt den Bericht der koalitierten Verbände über die Lohnverhandlungen zur Kenntnis.

Obwohl das Ergebnis der Verhandlungen den tatsächlichen Erfordernissen und den berechtigten Ansprüchen nicht entspricht, empfiehlt sie mit Rücksicht auf die derzeitigen Verhältnisse im Bergbau die Annahme des Verhandlungsergebnisses, wie es in den Verhandlungsprotokollen vom 12. und 16. Dezember 1924 zwischen den koalitierten Bergarbeiterverbänden einerseits und dem Verband der Bergbaubesitzer andererseits abgeschlossen wurde, zur Annahme.

Die Annahme dieser Protokolle geschieht in der Erwartung, daß der Verband der Bergbaubesitzer bei einzelnen seiner Mitglieder (Schwadowitz), wo bisher eine annehmbare Lösung nicht gefunden wurde, seinen Einfluß geltend macht, damit auch dort dem Protokolle vom 12. Dezember 1924 entsprochen wird. Desgleichen halten die koalitierten Bergarbeiterverbände ihre Forderungen bei den dem Verbande der Bergbaubesitzer nicht angehörenden Grubenbesitzern für vollausgeübt und aufrecht.

Die Reichskonferenz billigt das Vorgehen der koalitierten Bergarbeiterverbände im ganzen Verlaufe dieser Verhandlungen und erklärt, daß die

Beschlüsse der Revierkonferenzen vom 16. November 1924 einestheils durch das Fortführen der Verhandlungen, andererseits durch das mittlerweile erfolgte eigene Vorgehen seitens anderer Organisationen als überholt betrachtet werden. Hierbei muß festgestellt werden, daß dieser Umstand die Unterhandlungen selbst ungünstig beeinflusst hat.

Die Reichskonferenz will auch nicht verschweigen, daß die organisatorischen Verhältnisse der Bergarbeiter mit schuld sind, daß die Verhandlungen durch die Unternehmer so lange hinausgezogen wurden, und daß deren Ergebnis kein allgemein befriedigendes genannt werden kann. Sie appelliert daher an alle Bergarbeiter, die Macht und den Einfluß der koalitierten Bergarbeiterverbände zu stärken und dadurch die einzig mögliche Voraussetzung zu schaffen, damit ihre Interessen wirksam geschützt und vertreten werden können.

Weiter wurde eine Resolution bezüglich der Abzüge der Personaleinkommensteuer für die nächsten Inhabenden angenommen.

Die Reichskonferenz protestiert ganz entschieden gegen die rückwärtslose Eintreibung der jetzt auf einmal für mehrere Jahre unter häufig geänderten wirtschaftlichen Verhältnissen vorgeschriebenen Einkommensteuer. Wir konstatieren, daß die Steuerbehörden in allen Bergbaurevieren auf diese geänderten Verhältnisse nicht nur keine Rücksicht nehmen, sondern nicht einmal die vom Finanzministerium erlassenen Richtlinien einhalten. Die koalitierten Verbände werden beauftragt, gegen dieses Vorgehen bei den zuständigen Stellen einzuschreiten.

Das materielle Verhandlungsergebnis, welches in den Protokollen vom 12. und 16. Dezember festgelegt ist, besteht im Wesen in Gewährung von Teuerungszulagen, welche nach den Revieren und nach Familienmitgliedern abgestuft sind.

Ueber das detaillierte Ergebnis wird in den am Sonntag, den 21. Dezember 1924, stattfindenden Revierkonferenzen Bericht erstattet werden.

Die Reichskonferenz wurde nach fünfständiger Dauer geschlossen.

meldet, hat der Abonnent sofort und ohne weitere Bemerkungen, Ausstellungen oder Höflichkeitsklauseln nur die gewünschte Nummer deutlich anzusagen. Andernfalls hält er die Beamtin in der Arbeit auf, oder irritiert sie durch Vorwürfe, erschwert ihr die Arbeit und macht die rasche Bedienung der übrigen Abonnenten unmöglich. Ausstellungen und Beschwerden sind ausschließlich bei dem Aufsichtsbeamten vorzubringen, und zwar kurz und sachlich ohne jede Kritik, sonst steht er wieder den übrigen Abonnenten, die mit dem Aufsichtsbeamten sprechen wollen, im Wege. Da ihnen dann der Aufsichtsbeamte stets als „besetzt“ gemeldet wird. Wenn jemand einen Abonnenten ruft, der mehrere Stationen hat, kann er, falls die erste und die zweite Nummer besetzt ist, höchstens noch die dritte angeben. Falls große Banken, Ämter und Anstalten angerufen werden, prüft die Beamtin, sobald nur eine Nummer verlangt wurde, selbst alle übrigen Nummern auf das Besetztsein. Der größte Unfug im Verkehre der Abonnenten mit der Telephonzentrale ist die schon eingewurzelte schlechte Gewohnheit, den Abonnenten mit dem Namen anzurufen. Dieser Mißbrauch wird mit der Automatisierung der Telephonzentrale verschwinden, weil dann jeder Abonnent sich selbst die Nummer des Angerufenen durch Drehen der Nummernscheibe rufen muß. Warum könnte nicht schon heute jeder die zu rufende Nummer aussuchen und ansagen, wenn er dies hin-

kurzem unbedingt muß. Ein Großteil des Telephonpersonales kennt zwar die Nummern der Banken, Ämter und Anstalten auswendig, aber die neuereinstellenden Beamten — im Jahre 1924 waren es 190 — können sich nicht sofort alle Nummern einprägen und sind dann Gegenstand ungerichteter Vorwürfe der Abonnenten und der Presse. Daher ist die gewünschte Station immer mit der Nummer anzurufen, wobei auf richtige Wiederholung der Nummer zu achten ist. Falls die verlangte Station als „stromlos“ gemeldet wird, verlange man die Aufsichtsbeamtin. Bei allgemeiner Befolgung dieser Winke wird die Bedienung rascher und besser vor sich gehen.

Im Eise eingekerkert und ertrunken. Wie aus Kopitz gemeldet wird, begab sich ein Volksschüler, namens Nowak, auf die noch zu schwache Eisdecke des an der Bräuer Straße gelegenen Teiches, brach ein und kam unter die Eisfläche. Es gelang nicht mehr, das Kind zu retten; nur die Leiche konnte geborgen werden.

Von der Straßenbahn überfahren. Am Dienstag vormittags bespielte die Mähr. Ostbahn der siebenjährige Schüler Josef Šav'as seinen Schulfreundern Kříž nachhause. Die beiden gingen in einer sehr engen, von beiden Seiten hoch umzäunten Straße, in der auch die Pruschaer Straßenbahn fährt. Kříž bemerkte noch rechtzeitig in einer Biegung über den

Jaun hinweg, den Stromleiter eines Straßenbahnwagens und sprang zur Seite. Obwohl er den Hals sofort auf die Gefahr aufmerksam machte, war es zu spät. Das Glas lief direkt unter die Räder der Elektrischen und war an der Stelle tot.

Was sich noch alles Milch nennt! Ein Milchpantischer scheint auf dem Prager Marktplatz einen seltenen Rekord erreicht zu haben. Es wurden dort 1300 Liter einer Flüssigkeit beschlagnahmt, die als „Milch“ verkauft wurde, tatsächlich aber aus einem Sechstel Milch und fünf Sechstel Wasser bestand.

Vollbildnerlehrgang. Der Sonderauschuß des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper für Volkshilfsarbeiten veranstaltet vom 28. bis 30. ds. an der deutschen Universität in Prag einen dreitägigen Volkshilfslehrgang für die Amtswalter der deutschen Bezirks- und Stadtbildungsausschüsse. Von hervorragenden Fachreferenten, unter denen sich die Genossen Dr. Hugo Fliß und Dr. Luitpold Stern befinden, werden Vorträge über Volkshilfsbildung, Volkstum, Büchereiwesen, heimisches Schrifttum, Volkshochschule, Arbeiterbildung, Archiwesen, Gemeindegebäudebau, Museenwesen, Feinmalerei, Lichtbild und Film gehalten. Anschließend an diese Vorträge veranstaltet die Prager „Urania“ Lichtbildvorträge, das Weihnachtstheater, Schachturnier, Radiovortrag und eine Ausstellung und Vorführung moderner Lichtbild- und Filmapparate. Die Teilnehmer an diesem Lehrgange erhalten freie Unterkunft im Studentenheime und freien Mittagstisch.

Der englische Diktator. Der schwedische Ministerpräsident Branting, der bekanntlich Mitglied des Völkerbundes ist, konnte infolge seiner Krankheit an der Sitzung des Völkerbundesrates, die in diesen Tagen in Rom stattfand, nicht teilnehmen und betraute mit seiner Stellvertretung den Minister des Neuzugens Udden. Branting beauftragte seinen Ministerkollegen, er möge in seinem Namen an Matteotti's Grab einen Kranz niederlegen, an dessen Schleife die Widmung stand: „Matteotti, der für die Freiheit seines Vaterlandes starb. Branting.“ Als die Absicht des schwedischen Delegierten in Rom bekannt wurde, begann in der faschistischen Presse ein Kesseltreiben gegen Branting. Mussolini ging sogar zum schwedischen Gesandten und warnte ihn davor, Matteotti's Grab zu besuchen, denn diese Demonstration könnte von den Faschisten Roms als eine „Provokation“ aufgefaßt werden und zu unliebsamen Weiterungen führen! Der schwedische Außenminister Udden sah sich infolge des drohenden Auftretens Mussolinis veranlaßt, seinen Plan fahren zu lassen, und verließ Italien mit dem gewiß begründeten Eindruck, daß in dem faschistischen Italien zwar das Norden erlaubt, jedoch die Ehrung des Andenkens der Märtyrer der Arbeiterklasse nicht erlaubt ist, es sei denn, daß man es auf einen diplomatischen Konflikt ankommen lassen will.

Tödliches Bahnglück in Graz. Gestern nach 8 Uhr abends ereignete sich bei der Ausfahrt des Bruder Personenzuges Nr. 224 aus dem Grazer Hauptbahnhof ein schweres Unglück, das zwei Menschenleben als Opfer forderte. Der dritte Wagon des Zuges entgleiste bei einer Weiche des Frachtenbahnhofes, stürzte um und begrub zwei Fahrgäste unter seinen Trümmern. Einige Passagiere wurden leicht verletzt.

Die neuen Ausgrabungen in Rom. Während der letzten Debatte über das Unterrichtsministerium erklärte Unterrichtsminister Casati in einer Zwischenbemerkung, daß die Regierung nicht nur die Freilegung des Circus Maximus betreibt, sondern auch die 1905 begonnene Ausgrabung der Ara pacis des Augustus wieder aufnehmen werde.

Blinde Passagiere.

6 Von Jack London.

In diesem kritischen Augenblick wird mir klar, was ich jetzt zu tun habe. Ich will auf die hinterste Plattform springen. Ich weiß, daß der Zug immer schneller und schneller fährt, aber wenn es schief geht, kann ich nur in den Dreck geworfen werden und ich besitze den ganzen Optimismus der Jugend. Nicht mit einer Miene verlate ich, was ich im Sinne habe. Mutlos und mit hängenden Schultern stehe ich da und zeige, daß ich jede Hoffnung aufgegeben habe. Aber gleichzeitig untersuche ich mit dem Fuß den Kies. Er gibt einen ausgeprägten Halt. Ich sehe auch noch den Bremser, der immer noch den Kopf vorstreckt. Jetzt zieht er ihn zurück. Er ist ganz sicher, daß der Zug zu schnell fährt, als daß ich ihn noch ertwischen könnte.

Und der Zug fährt wirklich schnell — schneller als je ein Zug, auf den ich es abgesehen hatte. Als der letzte Wagen vorbeifährt, laufe ich in der Fahrtrichtung mit. Er ist ein kurzer schneller Anlauf. Ich kann nicht hoffen, dieselbe Geschwindigkeit wie der Zug zu erreichen, aber ich kann den Unterschied zwischen meiner und seiner Schnelligkeit auf ein Minimum reduzieren und den Stoß, wenn ich das Trittbrett erreiche, dadurch weniger spürbar machen. In dem flüchtigen Augenblick kann ich bei der Dunkelheit das Geländer der hintersten Plattform nicht sehen; ich hatte noch keine Zeit, mich zu orientieren. Ich packe aufs Geratewohl zu und im selben Augenblick verlieren meine Füße den Boden. Es ist der reine Glückstreffer. Im nächsten Augenblick bin ich mit gebrochenen Rippen, rebrochenen Armen oder zerschmetterter Hirnschale über den Kies rollen. Aber meine Finger umklammern das Geländer, ein Knick in meinem Arm, ich werde halb herumgeschleudert und meine Füße landen mit einer starken Erschütterung auf dem Trittbrett.

Ich setze mich nieder und bin sehr stolz. In meiner ganzen Vagabundenzeit ist dies das beste Stück Arbeit, das ich im Aufspringen auf einen Zug geleistet habe. Ich weiß, daß man in der Nacht auf der letzten Plattform immer sicher ist, jedenfalls für ein paar Stationen, aber ich wage mich nicht zu den vorderen Wagen. Als der Zug das erste Mal hält, laufe ich auf der Bahnsteig entgegengesetzten Seite an ihm entlang, an den Pullmanwagen vorbei, buche mich und finde einen Platz unter einem der anderen Wagen. Beim nächsten Aufenthalt laufe ich wieder vor und finde einen neuen Platz.

Jetzt bin ich einigermaßen sicher. Die Bremser glauben, daß ich endgültig geschmissen bin. Aber der lange Tag und die anstrengende Nacht fangen an, ihre Wirkung auszuüben. Da es auch weber windig noch kalt hier unten ist, nide ich ein. Das geht. Auf dem Waagegestell einzuschlafen, bedeutet den sicheren Tod und als wir an eine Station kommen, kriech ich daher heraus und gehe zum zweiten „Blinden“. Hier kann ich mich hinlegen und schlafen; und hier schlaf ich — wie lange, weiß ich nicht — bis ich erwache. Will mir jemand eine Laterne vors Gesicht hält. Die beiden Bremser stehen da und starren mich an. Ich springe auf, um mich zu verteidigen. Während ich darüber nachdenke, wer von den beiden mich wohl zuerst angreifen wird. Aber sie denken gar nicht daran.

„Ich glaubte, ich hätte dich geschmissen,“ sagte der Bremser, der mich am Kragen gefaßt hatte.

„Wenn du mich nicht losgelassen hättest, wärst mit mir geschogen“, antwortete ich.

„Wieso?“ fragt er.

„Ich hätte dich festgehalten, das ist alles“, erwidere ich.

Sie beraten sich und zuletzt kommen sie zu folgendem Ergebnis:

„Na, dann wollen wir dich fahren lassen, Ra-

merad! Es hilft ja nichts, daß wir versuchen, dich unterzukriegen.“

Und dann gehen sie ihres Weges und lassen mich bis zu ihrer Zweigstation in Frieden.

Ich habe hier ein Beispiel davon gegeben, was „anhängen“ heißt. Selbstverständlich habe ich eine Nacht gewöhnt, in der meine Bemühungen von Glück gekrönt waren und nichts von den Nächten — und ihrer sind viele — gesagt, in denen ich Pech hatte und geschmissen wurde.

Zum Schluß möchte ich nur noch erzählen, was geschah, als wir die Zweigstation auf der Strecke erreichten. Auf den englischen Wechsellandstrecken waren die Güterwagen an der Weiche und folgen dann den Personenzügen. Als ich an die Zweigstation kam, stieg ich ab und sah mich nach dem Güterzug um, der hinterher fahren sollte. Ich fand ihn, stellte mich an einem Nebengeleise auf und wartete. Dann schlüpfte ich in einen geschlossenen Güterwagen, der halb voll Kohlen war, legte mich nieder. Fast im selben Augenblick war ich eingeschlafen.

Ich erwachte dadurch, daß die Tür zurückgeschoben wurde. Der Tag brach an, kalt und trübe und der Güterzug war noch nicht abgefahren. Der Schaffner streckte den Kopf zur Tür herein. „Mach, daß du rauskommst, du verfluchter Schlingel!“ brüllte er.

Das tat ich und als ich herauskam, sah ich, wie der den Zug entlang ging und jeden Wagen untersuchte. Sobald er außer Sichtweite war, jagte ich mir er würde nie im Leben darauf verfallen, daß ich so froh wäre, wieder in denselben Wagen zu kriechen, aus dem er mich eben herausgejagt hatte. Ich kletterte also ganz ruhig hinein und legte mich schlafen.

Kann mich aber der Schaffner genau so überlegt haben wie ich, denn er dachte sich, daß ich es gerade so machen würde. Folglich kam er zurück und schmiß mich wieder hinaus.

Na, dachte ich bei mir, es wird ihm doch nie

in den Sinn kommen, daß ich es zum drittenmale tue. Ich lehrte also zum selben Wagen zurück, beschloß aber, mich gegen weitere Ueberraschungen zu sichern. Nur eine der Seitentüren konnte geöffnet werden, die andere war vernagelt. Ich machte mich gleich an den Kohlenhaufen, grub ein Loch neben der vernagelten Tür und legte mich hinein. Der Schaffner kletterte heraus und guckte ins Loch. Sehen konnte er mich nicht. Er rief, ich sollte machen, daß ich wegbläme. Ich versuchte, ihn anzuführen, indem ich ganz still liegen blieb; als er aber anfing, Kohlenhaufen ins Loch zu werfen, gab ich es auf und wurde zum drittenmale hinausgeschmissen. Dann teilte er mir in großer Erregung mit, was geschehen würde, wenn er mich noch einmal fände.

Jetzt veränderte ich meine Taktik, wenn ein anderer genau so denkt, wie man selber, so muß man abbrechen und eine neue Taktik versuchen. Das tat ich. Ich versteckte mich zwischen ein paar Wagen auf einem anstehenden Nebengeleise und wartete. Gewiß, der Schaffner kam wieder zum Wagen zurück! Er schloß die Tür auf, kletterte hinein, warf Kohlen in das Loch, das ich gemacht hatte, ja, er kroch ganz auf die Kohlen hinaus und spähte auf die Kohlen hinunter. Damit war er befriedigt. Fünf Minuten später fuhr der Güterzug zur Station hinaus und der Schaffner war nirgend zu sehen. Ich lief neben dem Wagen her, riß die Türe auf und kletterte hinein. Der Schaffner kam nicht wieder u. ich fuhr mit dem Kohlenwagen genau tausendzwanzig Meilen. Die meiste Zeit schlief ich; nur an den Zweigstationen, wo die Güterzüge stets etwa eine Stunde halten, stieg ich ab, um mir etwas Essen zu erbeuteln. Und am Ende der tausendzwanzig Meilen verlor ich den Wagen durch einen glücklichen Zufall. Ich wurde hereinbegeben um etwas zu essen zu bekommen, und ich möchte den Vagabunden sehen, der nicht jeden Zug weghahren läßt, wenn er „hereingebeuten“ wird.

(Schluß)

Ermordung russischer Bauernjournalisten. Steklow schreibt in der „Iswestija“ über den Mordfall und die Ermordung von Arbeiter- und Bauern-Berichterstattern in Rußland und sagt, daß dies der Beweis einer breiten Mobilisierung der reichen Bauern ist. Von allen Seiten wird mitgeteilt, daß diese Elemente eine verstärkte Tätigkeit entfalten, die Beherrschung der Bauern-Sowjets, der Gemeindevollzugsausschüsse, der Genossenschaften und der Ausschüsse für gegenseitige Hilfe anstreben — kurz, sich auf dem Lande festsetzen wollen. Auf dem Lande wird die Gruppierung der kapitalistischen Elemente — ein Klassenunterschied, die Ausbeutung der Schwachen durch die starken Bauern — wieder aufgenommen. Die reichen Bauern lassen alles, was diese ihre Tätigkeit enthüllt, und darin ist der Grund der Angriffe und Morde an den Berichterstattern zu suchen. Eine große Rolle spielen hier allerdings auch die gegenrevolutionäre Propaganda. Die Feinde der Arbeiter- und Bauern-Revolution sind in die westlichen Teile der Provinz eingedrungen. Allein diese Organisation des weißen Terrors wird nur mit einem großen Varm der revolutionären Elemente enden.

Ein schreckliches Familiendrama in Klagenfurt. Dienstag abends ereignete sich in Klagenfurt ein schreckliches Familiendrama. Der pensionierte Postbeamte und Hausbesitzer Vellotogna betreibt mit seiner Frau ein Gemischtwarengeschäft. Bei dem Ehepaar wohnt auch die fünfundsiebenzigjährige Schwester der Frau, Angela Kommer. Zwischen den Eheleuten kam es wiederholt zu Streitigkeiten, die dazu führten, daß sie sich seit drei Monaten in einem Ehegerichtsverfahren befinden. Dienstag abends kam es wieder zwischen den drei Personen zu einem heftigen Streit, der sich diesmal in der zu ebener Erde gelegenen Küche abspielte. Im Verlauf des Streites ergriff die Frau ein Küchenmesser und stach den Mann in die linke Gesichtshälfte, ohne ihn aber schwer zu verletzen. Sofort darauf ergriffen beide Frauen die Flucht in die im ersten Stock gelegene Wohnung. Der Mann aber holte schnell ein Jagdgewehr, das er in einer Ecke stehen hatte, und schoß beiden Frauen nach. Beide stürzten zusammen. Marie Vellotogna, die einen Kopfschuß erlitten hatte, war sofort tot. Angela Kommer wurde schwer verletzt in das Krankenhaus gebracht. Dort ist sie Mittwoch vormittag gestorben. Als Vellotogna sah, was er in seinem Jahrgang angerichtet hatte, eilte er in seine Wohnung und tötete sich selbst. Die Polizei, die bald danach kam, um ihn festzunehmen, fand ihn in seinem Zimmer auf einer Ottomane sitzend, das Jagdgewehr zwischen den Knien. Er hatte sich durch einen Kopfschuß getötet.

Brand in der New-York Fifth-Avenue. In New York brach im oberen Teil der Fifth-Avenue (der Straße der reichsten Bevölkerungsschicht) im Central-Parl ein großer Häuserbrand aus. Bisher sind sechs Personen getötet und drei sehr schwer verbrannt. Viele Familien sind obdachlos, da mehrere Häuserlöcher in Flammen stehen.

Eine zwölfjährige Mißbraucht. Die zwölfjährige Tochter eines Wiener Kaufmannes, eine Bürgerschülerin, hatte kürzlich in der Schule einen Anfall, hatte Furcht vor häuslicher Strafe und verschwand aus dem Elternhause, um Vormieter zu erspüren. Das Kind wußte nicht, was es anfangen sollte, und trieb sich am Abend und in der darauffolgenden Nacht planlos in den Straßen herum. Als die Kleine dann aufgegriffen wurde, erzählte sie die sonderbaren Abenteuer, die sie bei ihrem nächtlichen herumstreifen gehabt. Auf der Straße hat sie ein eleganter Mann angesprochen und sie eingeladen, mit ihm ins Hotel zu gehen. Der Mann nahm das Kind ins Hotel mit, wurde aber von dort weggenommen und suchte mit ihm ein zweites Hotel auf. Dort blieb er mit ihm, ließ es entkleiden und verging sich an dem Kind. Da sich der Mann in beiden Hotels unter seinem richtigen Namen gemeldet, konnte er alsbald ausgeforscht werden. Er ist ein in Währung wohnhafter, gegenwärtig stellenloser Ingenieur, 39 Jahre alt und verheiratet, bisher nicht beanstandet. Im ersten Hotel in Währung hatte er sich als Ingenieur mit Tochter gemeldet. Er hatte das Kind „Anna“ genannt, obwohl es „Mizzi“ heißt. Das Stubenmädchen, dem die Sache bedenklich vorkam, horchte an der Tür und hörte, wie er flehentlich zur Kleinen nicht „Anna“, sondern „Mizzi“ sagte. Daraufhin trat das Stubenmädchen ins Zimmer und verwies dem Mann mit dem Kind das Haus, worauf er ein anderes Hotel im 18. Bezirk aufsuchte. Der Mann wurde verhaftet und stellte bei seiner polizeilichen Einvernahme ein strafbares Verschulden in Abrede; er will gegenüber dem Kind bloß aus Mitleid gehandelt haben, weil ihm die Kleine in der Winternacht leid tat. Er wurde dem Landesgericht eingeliefert.

Ein Miesenprozeß zwischen zwei Kanonenrissen. Zwischen Krupp-Werken und den Vickers-Werken steht ein Miesenprozeß bevor, bei dem es sich um eine Summe von Millionen Pfunden handelt. 1908 war zwischen Krupp und Vickers ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach die Vickers-Werke für jeden Zylinder einer bestimmten Granate einen Schilling zwei Pence, und für jeden Zylinder einer anderen Granate einen Schilling sechs Pence an die Krupp-Werke zu zahlen hatten. Vickers lieferte die vereinbarte Zahlungen bis Kriegsausbruch, stellte sie dann aber ein. Die Krupp-Werke haben nunmehr eine Schadenersatzklage gegen Vickers eingereicht. Die eingeklagte Summe dürfte die größte sein, die jemals ein Gericht geschätzt hat, da die Vickers-Werke während des Krieges viele Millionen solcher Zylinder hergestellt haben.

Ein Obdachlosenheim der Arbeiterwohlfahrt. Der Ortsausschuß Köln der Arbeiterwohlfahrt hat am

14. Dezember in Köln ein Heim für obdachlose Junggefelln eröffnet, das einen ersten Versuch darstellt, das Problem der Obdachlosenfürsorge in den Aufgabensfeldern der Arbeiterwohlfahrt zu stellen. In einem ehemaligen britischen Barackenlager, das mit seinen 42 Baracken einen Raum von 4500 Quadratmetern umfaßt, wurde ein Quartier geschaffen, das 250 Betten, Badgelegenheit, Desinfektionsanstalt, alkoholfreie Restaurationsbetriebe, Leseraum usw. besitzt. Zu den Eröffnungsfestlichkeiten war außer den beteiligten Kreisen der Arbeiterwohlfahrt auch der Oberbürgermeister von Köln erschienen. Die Leitung des Unternehmens liegt in den Händen eines Sozialpolitikers, dem eine Reihe hauptamtlich und ehrenamtlich tätiger Kräfte zur Seite stehen.

Schneewehenungen in der Sowjet-Union. Im südwestlichen Teil der Ukraine haben Schneewehenungen in einem ziemlich großen Bezirk der Eisenbahnlinien bedeutende Verkehrsbehinderungen hervorgerufen. In den letzten Tagen sind in Odessa alle Züge mit großen Verspätungen angekommen.

Drachlose Fingerabdrücke. Bei den Versuchen, die drachlose Telegographie für die Kriminalistik anzunutzen, ist es dem New Yorker Polizeibureau gelungen, nicht nur Bilder an die Londoner Polizei zu übermitteln, die vollkommen klar und erkenntlich waren, sondern auch Fingerabdrücke so einwandfrei herüberzugeben, daß darnach die Identifizierung einer Persönlichkeit mit voller Sicherheit vorgenommen werden kann.

Witterungsübersicht vom 18. Febr. Höherer Druck hat sich auf das ganze europäische Binnenland ausgebreitet. Bei schwacher nördlicher Luftbewegung trat in Böhmen Erwärmung ein. Donnerstag früh war die Temperatur in Prag — 0,5 Grad Celsius, um vier Grad Celsius höher als am Vortage. In der Nordhälfte Böhmens wurden leichte Niederschläge infolge Nebelreifens verzeichnet. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Andauern des bisherigen Witterungscharakters.

Auftauchen einer neuen Bande in Schießen.

Das Postgebäude in Schlesi-Ostrow während der Anstalten von Räubern überfallen. — Zwei Gendarmen lebensgefährlich verletzt.

Es wird unseren Lesern noch erinnerlich sein, daß wir vor einigen Tagen über eine sehr gut organisierte Räuberbande berichteten, die seit dem Umsturz in Schlesi-Ostrow trieb, Oberbühnenwagens ausraubte und auch vor einem Morde nicht zurückschreckte. Obwohl diese Bande nun bereits hinter Schloß und Riegel ist, ist es in Schlesi-Ostrow noch nicht ruhig geworden. Eine andere Bande macht sich jetzt durch ihre Raubzüge bemerkbar.

In der Nacht vom Montag auf Dienstag durchstieß diese Bande Schlesi-Ostrow, Michalkowitz und Rattinau. Es war Montag kurz vor 6 Uhr abends, als in Schlesi-Ostrow auf das dortige Postamt II zwei Männer kamen, die für zwei Kronen Marken verlangten. Die Postmeisterin, Fräulein Janekel, ohne nichts Böses und wollte die Männer bedienen. Als sie aus der Schublade die Marken herausnahm, zog der eine von ihnen einen Browningrevolver aus der Tasche, dessen Mündung er an den Kopf der Postmeisterin ansetzte und sie dabei aufforderte, das vorhandene Bargeld herauszugeben. Die Geldstasche, die die Postmeisterin trotz der bedrohlichen Lage bewahrte, ermöglichte es ihr sich unangefasst dem Fenster zu nähern und in dem Garten hinauszuspringen. Da auch zu gleicher Zeit die Postbedienerin, die mit dem Aufräumen der Kasse beschäftigt war, vor Schreck laut aufschrie, und dadurch Leute alarmierte, ergriffen die Räuber die Flucht. Beim Sprung durch das Fenster verrenkte sich die Postmeisterin das Knöchelgelenk. Eine Verfolgung der Räuber in der dunklen Nacht wäre nutzlos gewesen, weshalb man lediglich die Sicherheiten polizeilich verhängte und die Postmeisterin ins Spital schickte.

In derselben Nacht bewachte Nachtwächter Sobosch von Michalkowitz während seiner Runde, daß die Kasse für, welche noch vor einer Viertelsunde geöffnet war offen stand. Bei genauerem Nachsehen sah er auch die Tür aus dem Raume offen stehen, in dem sich die Feuerkasse befindet. Aus Versehen ging der Nachtwächter nicht allein in den Raum, sondern holte sich einen Heizer zur Hilfe. Als die beiden in die Kasse traten, bemerkten sie bei der feuerfesten Kasse zwei oder drei Männer, die in die erbrochene Kasse mit einer Laterne hineinschauten. Die Räuber sahen die beiden in der Tür stehen und feuerten gegen sie einige Schüsse ab, die glücklichweise fehlgingen. Der Wächter und der Heizer ergriffen aus Furcht, erschrocken zu werden, die Flucht. Die Schüsse erschütterten schlafende Arbeiter in der nächsten Kammer, aber auch diese konnten die Verfolgung der bewaffneten Räuberbande nicht aufnehmen. Die Räuber vertrieben sie in Dunkel der Nacht. Aus der Kasse raubten sie 2000 K.

Ungefähr gegen 3 Uhr früh traf dann eine Gendarmenpatrouille auf der neuen Reichstraße gegen Rattinau zwei verdächtige Männer, die vollgepackte Taschen trugen. Die Patrouille ließ die fremden Männer bis auf fünf Schritte herankommen und forderte sie auf stehen zu bleiben. Die Männer aber zogen Revolver und gaben gegen die Gendarmen mehrere Schüsse ab. Beide Gendarmen wurden verwundet; der eine erhielt vier Schüsse in die Brust. Die erste Hilfe wurde den verwundeten Gendarmen von Dr. Król aus Rattinau zuteil, der die Überführung der schwerverletzten Gendarmen ins Krankenhaus nach Ostrow anordnete.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Räuber ein Teil einer Räuberbande sind, die in den weitesten Kreisen des Ostrower Gebietes organisiert ist und die ganze Gegend durch ihre Streifzüge unsicher macht. Es wurden alle Sicherheitsämter in Bewegung gesetzt, um der Bande halbfest zu werden.

Eine Räuberbande bei Olmütz.

In der Nacht vom Sonntag auf Montag erbrachen bisher unbekannte Täter in der Ortschaft Trschitz bei Olmütz das Postgebäude. In der Postkassette wurde am Montag früh alles geworfen ausgepackt. Die Täter einverleibten 2400 K Privatgeld des Postmeisters, 600 K Amtsgebühren und mehrere Staatsbauweise im Werte von 3000 K. Durch den Einbruch wurde auch Sachschaden im Werte von 2000 K angerichtet.

Gerichtssaal. Der Haarmannprozeß.

Der letzte Verhandlungstag.

Hannover, 18. Dezember. Gleich nach Eröffnung der heutigen Verhandlung ergriff der Staatsanwalt das Wort, um die Anklage gegen Grans zu begründen. Grans wird in zwei Fällen Anklage zum Mord vorgeworfen, und zwar in dem Fall des ermordeten Zimmermanns Hannepel und in dem des Hausmannes Wittig. Außerdem wird ihm gemeinlich und gewohnheitsmäßig Hehlerei in mehreren Fällen zur Last gelegt. Die Hehlerei hat darin bestanden, daß er Kleider der Opfer an sich nahm und verkaufte. Der Staatsanwalt beschäftigte sich sodann mit der Persönlichkeit des Grans, der, aus arbeitsloser und verfallener Familie stammend, ein Bild der verachtlichsten Jugend bietet, der im Kriegsjahre die notwendige Erziehung fehlt. Vom 17. Lebensjahr an war Grans sich selbst überlassen und ist so von Stufe zu Stufe gesunken, bis er sich selbst ausgab und sich Männern anbot. Bei seinen Versuchen, an andere Männer heranzukommen, hat er dann Haarmann kennen gelernt, dessen Freund er schließlich geworden ist. Haarmann wußte ihn sehr geliebt haben, denn er hat für den 20jährigen getötet und getötet. Diese Zuneigung hat Grans in sehr sonderbarer Art vergolten. Er hat Weiber und allezeit männliches Gefindel in Haarmanns Wohnung gebracht und als dieser im Gefängnis war, sogar dessen Wohnung ausgedünnt und die Möbel und die Kleidungsstücke verkauft.

Im Schluß seines Vortrages beantragte der Staatsanwalt gegen Grans wegen Anklage zum Mord in den Fällen Hannepel und Wittig die Todesstrafe.

Wegen Nichterklärung bei der Mobilisierung im Jahre 1921.

Am Dienstag wurden vor dem Zivilsenat in Olmütz gegen 72 Personen Urteile gefällt, die bei der Mobilisierung am 27. Oktober 1921 nicht erschienen. Die Strafen bewegen sich zwischen einer Woche und drei Monaten. Diese 72 Personen rekrutieren sich aus deutschen und tschechischen Kreisen. Besonders erhielten die Tschechen sehr strenge Strafen. Krás ist ein Fall eines Genossen aus Sternberg. Der Mann befand sich vom 10. Juni 1915 bis 26. Juni 1921 in der russischen Gefangenschaft und kehrte in dieser Zeit erst zurück. Auch er wurde von dem Mobilisierungsbefehl betroffen. Nachdem er bei einem Eisenbahnregimente diente, das seinen Standort in Pardubitz hatte und er die Einberufungsbefehle als Deutscher nicht lesen konnte, rief er nach Pardubitz statt nach Olmütz ein. Er wurde zu sechs Wochen Arrest verurteilt. Charakteristisch ist die Tatsache, daß erst jetzt nach drei Jahren diese Strafen gefällt werden und daß diese Strafen so ruhig hingenommen werden, besonders von jenen Leuten, die diesen jungen Menschen durch ihre Kapitalien zu diesen Strafen verurteilt haben. Den Herren Kommunisten und Deutschen, die und beschimpften, weil wir die damaligen Aktionen nicht mitmachen, schlägt ob der Folgen ihrer Handlungsweise keine Sekunde das Gewissen!

Nachklänge zum Redomanprozeß.

Außer der Tötung der Schwestern Weismayr wurde den vor einigen Wochen verurteilten Mordtäteren noch einige Einbrüche und Diebstähle von denen einer in Oesterreich verübt wurde, zur Last gelegt. Glosler und Friedl, die beide nach Oesterreich geschickt waren, wurden dort verhaftet und auf Grund eines Auslieferungsbefehls in die Tschechoslowakei gebracht, in dem die Auslieferung nur wegen des räuberischen Totschlages, begangen an den Schwestern Weismayr, verlangt wurde, da bei den übrigen Delikten — unter anderem bei dem Einbruch in die Wittlauer Pfarrkirche — die Täterschaft der Verhafteten den tschechoslowakischen Behörden nicht bekannt war. Eine Strafverhandlung wegen dieser Delikte und Kommunisten mit der Schwurgerichtsverhandlung war, da die Bewilligung des österreichischen Bundeskanzleramtes bei der Hauptverhandlung noch nicht vorlag, nach internationaler Recht nicht zulässig. Inzwischen hat das Bundeskanzleramt die Verfolgung Gloslers und Friedls wegen des Kircheneinbruchs gestattet, in den anderen Fällen jedoch verweigert. Glosler und Friedl mußten sich daher Mittwoch vor einem Senat des Brünner Strafgerichtes wegen dieses Deliktes verteidigen. Trotz der Bitte der Verteidiger Dr. Emil Czecher und Bezirksrichter Adler, den Angeklagten die Strafstrafe nicht mehr zu erhöhen, wurden sie zu je sechs Monaten schweren Kerker verurteilt, so daß Glosler jetzt zehneinhalb Jahre, Friedl sechseinhalb Jahre abzusitzen hat.

Debitenturfe.

Die tschechische Krone notiert in:

London 100 K	Dollar 3.0225
Paris 100	Schweiz. Frank 15.5875
Berlin 100	Mark 126.350.000.000
Wien 100	Österr. Kronen 2.1400

Volkswirtschaft. Kommunistischer Gewerkschaftswirrwarr.

Die kommunistische Gewerkschaftsbewegung befindet sich, seitdem sie besteht, in einer schweren Krise. Erst ging die Politik der Kommunisten dahin, die Arbeiter aus den dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbänden herauszuweisen und eigene kommunistische Gewerkschaften zu gründen. Aber selbst in diesem Bestreben waren die Kommunisten untereinander nicht einig. Zum Teil schlossen sich die aus den Amsterdamer Verbänden ausgetretenen Mitglieder dem Verband der chemischen Arbeiter an, der zu einem Internationalen allgewerkschaftlichen Verband ausgetreten wurde und in einzelnen Sektionen die verschiedenen Industriezweige vereinigt. Einige Verbände aber, wie die Bauarbeiter- und Holzarbeiter, die zur Gänze zu den Kommunisten übergetreten waren, blieben selbständig und schlossen sich dem Internationalen allgewerkschaftlichen Verband nicht an. Dazu kam, daß nach einiger Zeit die Kommunisten wieder eine andere Parole ausgaben und zwar die, daß die Kommunisten in dem Amsterdamer Verbände verbleiben und dort für die kommunistische Partei Propaganda machen sollen.

Diese inneren Gegensätze beschäftigten auch den letzten Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationalen, wo entschieden wurde, daß die einzelnen kommunistischen Gewerkschaftsverbände sich auflösen und als Sektionen dem Internationalen allgewerkschaftlichen Verband beitreten sollen. Es wurde sogar eine Frist bestimmt, bis zu der diese Vereinigung vollzogen werden sollte. Aber selbst die Beschlüsse von Moskau haben die Funktionäre der kommunistischen Verbände nicht bewegt, diese Vereinigung zu vollziehen und so ist der Gegensatz innerhalb der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung weiter erhellen geblieben.

Samstag und Sonntag fand nun eine Konferenz aller kommunistischen Gewerkschaftssekretäre mit allen Sekretären der kommunistischen Partei statt, in der diesen Wirrwarr ein Ende gemacht werden sollte. Zunächst sprach — wie das „Pravda“ mitteilen in der Folge ist — der Obmann des Bauarbeiterverbandes Tetenka, der mit aller Entschiedenheit eine Vereinigung keines Verbandes mit dem Internationalen allgewerkschaftlichen Verband ablehnte. Ihm entgegenen Pais und Berdil, welche die Vereinigung aller Gewerkschaftsverbände forderten. Der Gewerkschaftssekretär der kommunistischen Partei Rohm vertrat die Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Moskau. Rohm wendete sich in scharfer Weise gegen die Gewerkschaftspolitik der kommunistischen Partei und kritisierte es, daß selbst Mitglieder des Vollzugsausschusses der kommunistischen Partei Mitglieder der Amsterdamer Verbände sind. Die Debatte war so heftig, daß Berdil einzelnen mit dem Disziplinarverfahren der kommunistischen Partei drohte.

Zu irgend einem Beschluß ist die Konferenz nicht gekommen. Die Anarchie in der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung wird also weiter anhalten. Die Arbeiter sollten sich selbst.

Neuer Kollektivvertrag der Buchdrucker.

Die Verhandlungen über den Buchdrucker-Tarif für Böhmen, Mähren und Schlesien beendet.

Dienstag, den 16. Dezember l. J., sind, wie wir dem „Gutenberg“ entnehmen, die insgesamt 14 Tage währenden Verhandlungen über den Kollektivvertrag der Buchdrucker für Böhmen, Mähren und Schlesien beendet worden. Das Resultat der Verhandlungen wird sofort publiziert werden, bis die Redaktion der Änderungen durchgeführt sein wird. Es kann jedoch im vorhin konstatiert werden, daß die bisherigen Bestimmungen des Tarifes beibehalten wurden, namentlich ist in der Frage der Feiertage und der Lehrlinge keine Änderung eingetreten. Soweit Änderungen bezüglich der Löhne infolge der Verschiebung einzelner Druckorte in höhere Tariffklassen und in der Entschädigung für die verschobene Arbeitszeit eingetreten sind, werden dieselben noch bekannt gegeben werden.

Gleichzeitig mit dem Tarife der Buchdrucker ist auch der Tarif für die Lithographen und Chemographen abgeschlossen worden.

Nach den beendigten Verhandlungen über diese beiden Tarife wurden die Verhandlungen über die Tarife der Buchbinder und Dissarbeiter weitergeführt. Dieselben werden aller Voraussicht nach in den nächsten Tagen beendet werden.

Die Verschärfung der Petroleumvorschriften in der Tschechoslowakei. Wir haben bereits die Nachricht wiedergegeben, daß die Petroleumvorschriften in der Tschechoslowakei, insbesondere in der Slowakei und in Karpathenland, an eine französische Gesellschaft verpachtet werden sollen, das heißt, daß dieser Gesellschaft unter gewissen Bedingungen das alleinige Schürrecht auf Petroleum in gewissen Gebieten des Staates zusteht. Die Gesellschaft, mit der die Regierung den Pachtvertrag abgeschlossen hat, nämlich die Societe de Petrole et Combustibles, hat in Frankreich bis

Anmeldung

für ein Neujahrsglückwunsch-Insertat im „Sozialdemokrat“. Preis Kč 10.—

Name (Firma) d. Bestellers

Ort

Betrag von Kč 10.— folgt per

Alle Genossen und Genossinnen, sowie sämtliche Körperschaften unserer Bewegung, die ihre Anmeldung noch nicht durchgeführt haben, werden gebeten, die Bestellung mittels des obigen Formulars unverzüglich vorzunehmen!

Sorget dafür, daß alle unsere Funktionäre und Körperschaften an dieser Aktion teilnehmen!

her sehr unglücklich operiert. Die Schurzarbeiten, die sie im Jahre 1922 in Frankreich vollführte, haben mit einem Nettobetrag von 1.066.511 Franken geendet. Der Gesellschaft scheint es in Frankreich so gut zu gehen, daß die Generalversammlung im Jahre 1923 den Antrag auf Auflösung der Gesellschaft abgelehnt hat. So schreibt nämlich das Nachrichtenblatt „Le Courrier des Petroles“ in Nr. 153 vom 20. Oktober. Es scheint also, daß die Gesellschaft sich durch den Vertrag mit der tschechoslowakischen Regierung wieder finanziell auf die Beine stellen will. Ob freilich die Tschechoslowakei dazu da ist, um einer verkrachten französischen Gesellschaft zu helfen, das scheinen sich diejenigen, die für den Stoot den Vertrag abgeschlossen haben, nicht vor Augen zu führen.

Genossenschaftliche Bank für den Transitverkehr in Riga. Eine neue interessante genossenschaftliche Einrichtung wurde von den russischen Genossenschaftsorganisationen im November 1923 geschaffen. Die russischen Konsumvereine haben in den letzten Jahren einen regen Export über die baltischen Häfen aufzuweisen gehabt. Zur Unterstützung dieses Exports haben sie in Riga die genossenschaftliche Bank für den Transitverkehr gegründet. Wie das „Internationale Genossenschaftsbulletin“ meldet, hat diese Bank schon wäh-

rend der ersten Zeit ihres Bestehens außerordentlich erfolgreich gearbeitet, so daß im September dieses Jahres, nach kaum einjährigem Bestehen, das Betriebskapital auf 100.000 Pfund Sterling erhöht werden konnte. In den elf Monaten ihres Bestandes hat die Bank nicht weniger als 1.197.418 Pfund Sterling umgesetzt. Die Gründung der genossenschaftlichen Bank für den Transitverkehr in Riga kann daher als weiterer Beweis für die gefunden Entwicklungsmöglichkeiten der Genossenschaftsbanken gelten.

Streik bei Schiffahrtsgesellschaften. Bei der Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft in Wien ist ein Streik ausgebrochen, der etwa 1000 Angestellte umfaßt. Es handelt sich um die mittleren und unteren Dienstkategorien, die mit der ihnen zugetragenen Weihnachtszahlung nicht zufrieden sind. — Auch bei der Süddeutschen Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft wird wegen Lohnhöherungen gestreikt. Die Angestellten fordern eine 25prozentige Erhöhung ihrer Bezüge.

Kunst und Wissen.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Freitag „Kinokönigin“; Samstag „Figaros Hochzeit“; Sonntag nachmittags halb 3 Uhr Premiere „Frau Holle“, abends „Gräfin Mariza“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Freitag Bankbeamten-Vorstellung „Barbier von Sevilla“; Samstag „Illusionist“; Sonntag Gastspiel Götner „Beide Herren der gnädigen Frau“.

Der Spielplan für Weihnachten, Silvester und Neujahr. Das Repertoire der beiden Bühnen an den beiden Weihnachtsfesttagen, am Silvester und am Neujahrstage ist folgendes: Donnerstag, den 26. Dez. Neues Theater, 8 1/2 Uhr, Kinderoper „Frau Holle“, 7 Uhr abends, Erstaufführung von Shaws dramatischer Chronik „Die heilige Johanna“; Kleine Bühne: 3 Uhr: „Der Barbier von Sevilla“, 7 Uhr: „Clo-Clo“; Freitag, den 27. Dez. Neues Theater: halb 3 Uhr: Kinderoper „Frau Holle“, 7 Uhr: „Der Opernball“; Kleine Bühne: 3 Uhr: „Vera Violetta“, „Die süßen Grisetten“, halb 8 Uhr: „Der Illusionist“; Mittwoch, 31. Neues Theater: halb 7 Uhr: „Opernball“, 10 Uhr Silvesterabendvorstellung: Erstaufführung der neuen Operette „Küsse um Mitternacht“ von Robert Kautner. Kleine Bühne: 7 Uhr: „Die deutschen Kleinstädter“, 10 Uhr Silvesterabendvorstellung: „Der Illusionist“ (mit neuen Nummern im Variete-Alt); Donnerstag, den 1. Jänner: Neues Theater: halb 3 Uhr „La Bohème“, 7 Uhr „Die heilige Johanna“; Kleine Bühne: 3 Uhr „Das Kamel geht durch das Radelöcher“, 7 Uhr „Clo-Clo“. Kartenverkauf für sämtliche Vorstellungen ab morgen Samstag.

manche Genossen es nicht verstanden haben, daß die Taktik der Einheitsfront für die R. S. J. lediglich eine Methode der Agitation und der Mobilisation der Massen ist.“ („Pravda“ vom 24. Juni.)

Semard, Frankreich: „Wir glauben, daß die Taktik der Einheitsfront ein reformistisches, von ihren Führern betrogene Massen heranzuführen...“ („Pravda“ vom 10. Juli.)

Rienzi, Italien: „Die Taktik der Einheitsfront kann als ein Mandat betrachtet werden, das uns die Möglichkeit gibt, die Initiative des Kampfes gegen die Reformisten zu bewahren.“ („Pravda“.)

Eine Entschlieung des Kongresses der R. S. J. im Juni 1924: „Die Taktik der Einheitsfront ist nur eine Methode der Agitation und der revolutionären Mobilisation der Massen für eine ganze Periode. Alle Versuche, diese Taktik als eine politische Koalition mit der konterrevolutionären Sozialdemokratie auszuhebeln, sind ein Opportunismus, der von der R. S. J. verworfen wird.“

„Die Einheitsfront war und bleibt die Taktik des revolutionär-strategischen Mandats des von allen Seiten von Feinden umzingelten kommunistischen Vortrupps im Kampfe in erster Linie gegen die verträtschlichen Führer der konterrevolutionären Sozialdemokratie und keineswegs eine Taktik des Bundes mit diesen Führern.“ („Pravda“ vom 23. Juli.)

So sprechen die Führer und eine derartige Unaufrichtigkeit sollen wir uns auf die Dauer bieten lassen? Der Widerstand erregte natürlich das Mißfallen der kommunistischen Mächer im Turnverband und muß es daher verwunderlich sein, wenn wieder Seiffert sagte, daß die Kommunisten noch keine Ursache hätten, gegen die Verbandsleitung aufzutreten, da diese stets auf dem Boden des Klassenkampfes arbeite. Und die wüsten Angriffe in der kommunistischen Presse gegen den Bund? Aber — Taktik, — Mandat — Weiterjahne! —

Kurzum, es steht fest, daß die R. S. J. zu einem selbständigen turnerischen Auftreten keine Kraft hat und deshalb unter allen möglichen Parolen eine Beteiligung an der Frankfurter Olympiade zu erzwingen sucht.

Und dieses papierne Gebäude, R. S. J. genannt, versucht unausgesetzt, seinen Willen der nicht-kommunistisch gesinnten Turnerschaft aufzuzwingen! Aber niemand wird sich vor diesem Geklerker beugen. Die Zeiten sind vorbei, wo der Großteil der Turnerschaft vor der Zerstörung der Einheitsfront zitterte, jener Einheitsfront, die nur als taktisches Mandat betrachtet wird. Heute kapitalisiert kein vernünftiger Mensch mehr vor der Moskauer frivolsten Profologie. — Auch den verbissensten R. S. J.-Anhängern wird einmal die Erkenntnis däm-

mern, dann mögen sie reumütig eingestehen: „Das hat mit ihrem Singen usw.“ —

Zusammentreffen der Prager Slavia mit dem Budapestener M.T.S. in Eberfeld. Die „Pr. Br.“ meldet: „Anläßlich ihrer Weihnachts- und Neujahrstreffen nach Westdeutschland werden M.T.S. Budapest und die Prager Slavia am 4. Jänner 1925 im Stadion zu Eberfeld über Einladung der dortigen Sportvereine ein Exhibitionsspiel austragen. Diese Nachricht wird nicht nur in Ungarn und bei uns, sondern im ganzen, am Fußballsport interessierten Europa, allgemeine Genugtuung hervorgerufen, denn durch die Verwirklichung dieses Treffens feiert der Gedanke sportlicher Verbrüderung einen neuen Triumph. Auch sportlich wird das Match Slavia—M.T.S. eine Genugtuung ersten Ranges, deren Wert noch dadurch erhöht wird, daß der erste Wettkampf auf neutralem Boden und unter Leitung eines neutralen Schiedsrichters stattfindet. Die Fußballbehörden O.H.F. und M.F.S. sind bereits verständigt worden und werden diesen Abschluß zweifelsohne sanktionieren. Der Prager Gauverband hatte ursprünglich einige Slaviaspieler für den am 1. Jänner in Dresden stattfindenden Städtekampf Dresden—Prag angefordert, doch ist anzunehmen, daß dieselben mit Rücksicht auf das wichtige Spiel der Slavia gegen M.T.S. freigegeben werden. Gleichzeitig wird an der Annäherung der beiden Verbände Ungarns und der Tschechoslowakei gearbeitet und die Weihnachtsferien in Prahburg zu einer Aussprache von Vertretern der O.H.F. und des M.F.S. kommen.

Kommender Fußball. Sparta und Viktoria Zikof tragen am kommenden Sonntag ein Revanche-spiel aus, welches am Spartaplatz und nicht, wie gemeldet, in Zikof stattfinden. — Im Städte-spiel Dresden—Prag, welches am 1. Jänner in Dresden zur Austragung gelangt, wird Prag durch die verstärkte Viktoria Zikof vertreten sein. — M.T.S. Budapest dürfte am 15. März 1925 in Prag gegen den D.F.C. spielen. — Slavia fährt am Mittwoch, den 24. d. M. nach Westdeutschland, um dort am 26., 28. Dezember, sowie am 1. und 4. Jänner vier Gastspiele in Effen, Eberfeld, Wiesfeld usw. zu absolvieren. — In Barcelona fand am Sonntag ein Probe-spiel zum Länderkampf gegen Oesterreich statt, in welchem überraschend die „Möglichen“ gegen die „Wahrscheinlichen“ mit 3:2 Sieger blieben.

Herausgeber Dr. Ludwig Gsch. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riecher. Druck: Deutsche Zeitungs- u. B. Prag Für den Druck verantwortlich C. 1924

Turnen und Sport.

R. S. J. — der Geklerker.

Das Jahr 1925 bringt bekanntlich die Olympiade der Luzerner Sportinternationale und damit für die Gegner dieser Internationale einen willkommenen Anlaß zu neuerlichen Anrenmpelungen. Bereits im heutigen Jahre konnten wir bemerken, daß die sogenannte Rote Sportinternationale Zeichen ihres Wankens zu geben verfuhrte. Allerdings nicht in turnerischer Hinsicht, sondern aus rein politischen Motiven wurde das Karlsruher Bundesturnfest als Versuchskampfbühne ausserkoren. Der Mißerfolg dieser Bemühungen, der durch das Versagen des Festzuges durch die an dessen Spitze stehenden R. S. J.-Delegation getönt war, konnte natürlich die kommunistische Presse nicht davon abbringen, von einer kommunistischen Veranstaltung zu schreiben. Wie blamabel der Austritt der R. S. J. aus dem Festzug war, erhellt die Tatsache, daß der Führer dieses mit den paar delegierten Männern allein gefahren wurde. Aber diese wäre ein schlechter Kommunist, wenn er in der Verleumdung seiner Gesinnung, (siehe „Sobon“ v. 15. Nov.) vor seinen eigenen Gesinnungsfreunden Halt machen sollte. Nein, ihn sieht es gar nicht an, die eigenen Leute offensichtlich sogar zu belügen. So enthält der „Proletarierport“ Nr. 2 (R. S. J.-Organ) eine Aufnahme, die den Unterstitzt trägt, „Schachlehrstunde in Finnland“. Es sind Wasserportler zu sehen, die um ein Schachbrett liegen und stehen. Zum Reid müßte das Bild herausfordern, wenn nicht schon im Jahre 1921 Dr. Kravtzer in seinem Buche „Sport und Spiel“ dieses Bild mit der Ueberschrift „Taktischer Fußballunterricht im Berliner Stadion durch Sportlehrer Ansebeck“ gebracht hätte. Bürgerliche Literatur dient also un'reren Ueberrückfallen zur Propaganda und zur Errichtung von Potemkin'scher Dörfer. So werden die Kommunisten von ihren eigenen Leuten und „Führern“ betrogen!

Die Rote Sportinternationale hielt im Oktober in Moskau ihren 3. Weltkongreß ab; da zeigte es sich, daß sich diese ganze Internationale nur aus papierernen Zahlen zusammensetzt, die in keinem Verhältnis zur tatsächlichen Leistung stehen. So berichtet z. B. Reuhner (Rom.) über einen Mitgliederstand 1923/24 von 2.163.000 Mitgliedern, von denen Rußland allein mit 2.000.000 angegeben wird. Daß natürlich diese Zahlen angepöpselt werden können, ist logisch, gibt es doch in Rußland trotz der kommunistischen Abstreifungsversuche auch bürgerliche Organisationen. Hier sei nur auf die Begegnung russischer Fußballer in den skandinavischen Ländern verwiesen, ferner auf die erst unlängst abgeschlossene Wettspielserie der russischen Meister aus Rußland. Die Russen mußten mit Mannschaften spielen, die den bürgerlichen Sportverbänden angehören. Daraus ersticht man die

verworrenen Verhältnisse in Rußland selbst, so daß die Angabe der Mitgliederzahl berechtigter Zweifel erregen muß. Auch die Angabe über die tschechische Turnförderung mit einer Mitgliederzahl von 120.000 ist geblöht „hochgegriffen“. Es ist ja möglich, daß man in Moskau oder Berlin es nicht weiß, daß die Föderation eine Anzahl von Bezirken liquidieren mußte, weil man alles hatte, nur keine Mitglieder. Es rechnen sich natürlich schöner mit solchen Zahlen; immerhin läßt dieses Vorgehen auf den Organisationsapparat mancherlei Schlüsse ziehen.

Interessant ist ferner die Angabe Reuhners, daß der deutsche Arbeiter-Turn- und Sportverband 1922-1923 als mit der R. S. J. sympathisierender Verband angegeben wurde. Doch wurde diese Angabe korrigiert und 1923/24 die Fraktionsstärke dieses Verbandes mit zwei Fünftel des Gesamtmitgliederstandes angegeben. Was werden nun unsere Kommunisten wieder sagen, wenn eine ihrer Koryphäen bereits von einer Fraktionsstärke spricht? Seiffert, Reichenberg, erklärte letzthin in einer Sitzung, daß ihm von einer Fraktions- oder Zellenbildung in Vereinen des Turnverbandes nichts bekannt sei!

Noch eine andere Frage hat der 3. Kongreß gelöst. Er betonte ausdrücklich, daß die Mittel der physischen Erziehung bewußt von der Arbeiterklasse benützt werden müssen, daß sie den Zielen des Proletariats zu dienen haben und damit die Lüge vom „neutralen“ und „politischen“ Sport! sollen mit Ferner muß die Befreiung der Sportorganisationen vom reformistischen und bürgerlichen („Rude Svevda“) sind auch beim bürgerlichen Fußballverband) Einfluß von den Betrieben, von den Gewerkschaften und in n e r h a l b der Organisationen selbst ausgehen. Hier dürfte wohl auch der Wunsch der Vater des Gedrängens sein!

Um den „Reformisten“ ein auszuweichen wurde eine These aufgestellt und als sehr wichtig bezeichnet, die ausspricht, daß die R. S. J. allen den Klassenkampf anerkennenden Elementen zugänglich ist. Damit gesteht die R. S. J. ein, daß sie früher eine kommunistische Internationale war und es trotz der Firmenselbstrenovierung auch bleiben wird.

Selbstverständlich besaßte sich dieser Weltkongreß auch mit der Luzerner Sportinternationale, die angeblich eine wütende Spaltungskampagne treibt. Nun ja, sie machen Fraktionen und wer dagegen protestiert, „spaltet“. Diese an den Haaren herbeigezogene Logik, verbunden mit den fortwährenden Rufen nach Erhaltung der Einheitsfront kennzeichnet das Wesen der R. S. J. in trefflicher Weise. Was kommunistische Führer über diese sogenannte Einheitsfront denken, davon gibt uns der „Glück auf“ einige Beispiele: S i n o w j e t o: „Es hat sich herausgestellt, daß

Die Winterzeit ist da. Wer im Sommer durch Banberungen und Leibesübungen den Körper gesünder und gesünder hat, für den muß jetzt die Parole sein, auch den Winter zu fühlen und den Geist weiterzubilden. — Zu diesem Ziele führen sehr gut viele Meer, doch nicht es für den organisierten Arbeiter seinen Zweifel, welchen Weg er zu gehen hat; denn er wird in seinem Bildungs-betrieb von der Partei geführt: Den schwarzen Bestimmungsbereitungen oder „Leutchen“ Kullerungsbereit wird es nicht auf den Reim freiden. Die langen Abende im Winter bedürfen er für lehrreiche und ausdauernd unterhaltende Lesarten, die ihm die Ozean-Arbeiterbücherei bietet. — Das Wichtigste aber ist: „lernen! Lernen aus guten Büchern lernen durch Besuch von Vorträgen Lichtbildvorträgen und Sonntagsschulen mit einem Wort: „Bildungsarbeit!“



Osram-Nitra opal. Das Schaufenster, dessen Licht den Beschauer blendet, verliert an Zugkraft. Versuchen Sie Osram-Nitra, opal. Mit Osram-Schuppen zu Ausdauerndem Licht.

Kalla's Fischkonserven. werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacks überall bevorzugt. Verlangen Sie daher nur Kalla's Fischkonserven in allen Konsumvereinen erhältlich.

Wo verkehren wir? Café Continental, Café Goldenes Kreuzel, Gastwirtschaft „Lidový dům“, Café „Nizza“, RESTAURANT VESELKA, Wran Urania-Kino, Im Traum des Glücks.